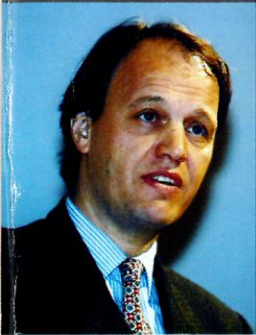


Heft 156

Ausgabe 4 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



SPW



» Kriterien politischer Gestaltung

⊕ Pro und ⊖ Contra:
**Brauchen wir die
Grüne Gentechnik?**
Doris Barnett vs. René Rösperl

Interview mit Stefan Collignon
**Wer Politik machen will,
kommt an Europa nicht vorbei!**

Asiye Öztürk
**Parallelgesellschaft oder
„Deutsch-Türken“?**

Dokumentation:
Erbschaftsteuer reformieren!



Kurzum | von Thomas Westphal

Was hat Ron Hammer mit Kurt Beck zu tun? Ron Hammer ist populär, fast jeder kennt ihn. Ein echter Siegertyp, der sich von nichts aufhalten lässt, der über Nacht übers Internet mit nur einem Motorradsprung bekannt und berühmt wurde. Aber nur eine Kunstfigur aus dem Dunstkreis der web. 2.0 Szene. Kurt Beck ist vieles von dem nicht, aber eins ist er sicher, er ist real. Was hat der Realo Beck mit dem Künstler Hammer aus der billigen Hornbach Werbung zu tun? Die laufende Debatte um die Ausstrahlung von Programm und Personen der SPD lässt gewahr werden, die Sozialdemokratie hat nicht nur politische Glaubwürdigkeit in der Sache verloren, sie hat auch das Gespür für politische Kulte, für die szenische Entwicklung eines Gemeinschaftskörpers, für die Mobilisierung einer Masse auf eine symbolische Mitte (Idol) verloren.

Kurzum: Beck steht für die Ablösung der charismatischen durch die bürokratische Führung.

Viele kennen diese kleine Geschichte: Ein Mann hat über der Eingangstür seines Hauses ein Hufeisen angebracht, das nach altem Volksglauben Glück bringen soll. Als ein Bekannter ihn fragt: „Aber bist Du denn so abergläubisch? Glaubst du wirklich, dass das Hufeisen dir Glück bringt?“, antwortet er: „Natürlich nicht, aber man sagt doch, dass es auch dann hilft, wenn man nicht daran glaubt.“

Das Hufeisen gehört zur Klasse der Amulette oder Talismane, eine Untergruppe der magischen Dinge, die wir auch Fetische nennen, erklärt Hartmut Böhme in seinem Buch Fetischismus und Kultur. Die paradoxe Wendung in dieser kleinen Geschichte ist bezeichnend für die seltsame Spannung zwischen Ratio und Glauben an die Eigenmacht der Dinge in unserer modernen Welt. Dieses „ich weiß schon, aber dennoch...“ ist konstitutiv für die Alltagsmoral in der so genannten Moderne. Die Macht der Dinge über unser Leben hat die Aufklärung überlebt. Das ist der Widerspruch unserer Zeit, wir glauben nicht an Fetische aber wir



☞ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

sind fetischistisch und das nicht nur in der Mode, im Sport, im Körperkult, im Autowahn und in der gesamten Warenwelt, nein auch in der Gesellschaft, der Religion und in der Politik.

Kurzum: Bürokratie ist nur ein Mittel niemals Zweck einer populären Massenbewegung.

Je rationaler die Wissenschaft Geschichten unseres Lebens mit Neurologie und Biochemie erklärt, desto größer wird die Sehnsucht nach magischen Dingen, die unserem Leben einen höheren Sinn verleihen. Damit in dieser Sehnsucht nicht allein der Wunsch einmal mit hohem materiellem Wert von Geld und Gut beladen ins Grab zu sinken dominiert, braucht es eine sozialdemokratische Symbolfigur, die Demokratie und Solidarität wieder mit der Alltagskultur versöhnt. Wenn es gelingt aus Ratzinger einen populären Papst zu machen, hat auch Kurt Beck eine echte Chance.

Kurzum: Baut die Kampa wieder auf. Vergesst pseudodemokratische Basisbefragungen zum Programmwurf. Wer politische Macht will, muss die Magie der Symbole beherrschen und aufklärten sozialdemokratischen Populismus neu inszenieren. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Berlin)
Michael R. Krätke (Amsterdam)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susī Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
Christel Riemann-Hanewinckel (Halle/S.)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
Telefax 02 31 - 40 24 16
spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
ISSN 0170-461 - K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de, © Bernd Kröger

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1.-3. Tausend, Juni 2007

■ Meinung

Ring frei zur letzten Runde? Reinhold Rünker	4
Comeback des Staates! Carsten Sieling	5
Ein Votum für die Mitbestimmung Marie Seyboth, Rainald Thannisch	6
Köpfe statt Beton! Ulla Burchardt	7
☒ Pro: Brauchen wir Grüne Gentechnik? Doris Barnett	8
☒ Contra: Wir brauchen keine Gentechnik auf dem Acker! René Röspel	9
Interview mit Sven Giegold über die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland	10

■ ■ Im Fokus: Kriterien politischer Gestaltung

Einleitung zum Schwerpunkt Reinhold Rünker	12
Linke Programmbausteine – Denkanstöße zum Hamburger SPD-Grundsatzprogramm Detlev Albers, Andrea Nahles	14
Von der kritischen Analyse zur politischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft H.-Peter Rose	18
Politische Steuerung verbessern Harald Lürrmann	22
Die Transformation von Staatlichkeit Thilo Scholle	27
Erhält die Naturfrage in der SPD eine zweite Chance? Horst Peter	31
Wer Politik machen will, kommt an der Bundesrepublik Europa nicht vorbei! Interview mit Stefan Collignon	35
Literaturschau Reinhold Rünker	39

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus Gesa Rünker	41
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Haushalt ohne Neuverschuldung? Arne Heise	42
Parallelgesellschaften oder „Deutsch-Türken“? Asiye Öztürk	44
Emanzipation durch oder von Arbeit? Replik zu Rünker in spw 154 Mark Unbehend	47
Investitionen in die Jugend Dörte Liebethuth	50

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Dokumentation: Erbschaftsteuer reformieren!	52
Meldungen	56
5 Fragen an ... Birgit Zoerner	58

Ring frei zur letzten Runde?

SPD muss sich personell und programmatisch rüsten

von Reinhold Rünker

Die Große Koalition taumelt in die Sommerpause. Während Bundestagsabgeordnete mit geballten Fäusten in den Taschen für die Gesetzesvorhaben ihrer Regierungsfraktionen stimmen – oder sich ihnen durch Enthaltung oder Neinstimmen verweigern – raunt es von den Regierungsbänken herab, dass nach dem nächsten Urnengang eine andere Koalition regieren möge. Schäuble und Kauder pflegen ihre alte Liebe für eine Liaison mit der FDP, während die Sozialdemokratie noch zaudernd nach neuen politischen Konstellationen sucht.

Die Lage ist für die SPD in der Tat misslich. Sie hat die Kärnerarbeit in den letzten Wochen und Monaten absolviert, ihrer eigenen Klientel Zumutungen (Mehrwertsteuererhöhung, Pendlerpauschale, Gesundheitsreform, Rente mit 67, etc.) auferlegt. Aber sie nimmt sich in der Koalition selbst so sehr in die Disziplin, dass sie mit eigenen Themen kaum punkten kann. In unserer medialen Wirklichkeit wird dieses Spannungsfeld oftmals reduziert – auf Personalfragen einerseits oder neue Koalitions-Farbenspiele. Beides trifft weniger als die halbe Wahrheit. Sicher ist die Strategie von Kurt Beck richtig und mutig, die StellvertreterInnen-Positionen von fünf auf drei zu reduzieren. Aber die interessantesten Köpfe können nicht die politische Substanz verdecken, die erst wieder aufgebaut werden muss. Außerdem muss bezweifelt werden, ob die Berufung vornehmlich von Regierungsmitgliedern in den engeren Führungskreis die inhaltliche Profilierung auch über die gegenwärtige Koalition hinaus fördert.

Beim Jonglieren mit Koalitionsmodellen reicht es nicht, nur die Hände derer zu zählen, die für eine neue Koalition stimmen sollen. Auch hier bedarf es einer inhaltlichen Substanz, die größer sein muss als in der gegenwärtigen. Bei CDU/CSU und FDP mag das leicht sein, aber Merkel wird aus dem Wahlergebnis 2005 gelernt haben, dass die Aussicht auf neoliberales Durchregieren nicht die Zustimmung der WählerInnen garantiert. Die SPD tut – gerade auch motiviert durch die Programmdebatte – gut daran, beispielsweise den eigenen inhaltlichen Markenkern „soziale Gerechtigkeit“ so zu buchstabieren, dass sie für andere Parteien koalitionsfähig wird. Bürgerversicherung, Beschäftigtenversicherung, Erwerbstätigenversicherung sind wichtige Markierungspunkte in der Verbindung von „vorsorgenden“ wie „nachsorgenden“ Sozialstaat. Darüber hinaus sind in der aktuellen Programmdebatte Elemente angelegt, die einer politischen Profilierung der SPD harren: eine moderne ökologische Industriepolitik im Zeichen des Klimawandels, die auf qualitatives Wachstum und Arbeitsplätze setzt; eine moderne Bildungspolitik, die lebenslang Chancen eröffnet; eine Europapolitik, die Mut zur politischen Regulierung im Sinne der Mehrheit der Menschen aufbringt.

Niemand will jetzt Neuwahlen, aber alle sind unzufrieden mit den eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten. Wenn die Wahlen kommen, sollte die SPD personell und (!) programmatisch gerüstet sein. Und das besser früher als später! ■



➔ Reinhold Rünker, Historiker, lebt in Leichlingen. Er ist spw-Chefredakteur und Geschäftsführer des Forum DL21.

Foto: privat

Comeback des Staates!

Herausforderung an die Bremer Politik

von Carsten Sieling



» Nach zwölf Jahren großer Koalition steuert Bremen – als erstes Bundesland nach dem Ende von rot-grün auf Bundesebene – auf ein Regierungsbündnis aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu. Die Christdemokraten hatten in den Sondierungen nach der Wahl auf ein bloßes „Weiter so“ gesetzt. Angesichts der enormen Herausforderungen, denen sich das Land gegenüber sieht, war dies eindeutig zu wenig für die Fortführung der Koalition. Denn auf der Agenda steht neben der Sicherung der Selbstständigkeit und der Konsolidierung des Landeshaushalts vor allem auch die Festigung des sozialen Zusammenhalts in einer immer stärker auseinanderdriftenden Gesellschaft. Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert ein Bündnis, das den Gestaltungs- und Umsetzungswillen hat, die von der SPD mit Bürgermeister Jens Böhrnsen bereits eingeleitete Neujustierung der Landespolitik zu beschleunigen.

» Bremen hat seit 1995 durch umfangreiche Investitionen den Strukturwandel vorangetrieben. Viele Nachholbedarfe sind abgearbeitet. Notwendige Gestaltungsspielräume können aufgrund der Haushaltsnotlage nur durch Umverteilung und neue Prioritätensetzung geschaffen werden. Denn die spezifischen Großstadtprobleme erzeugen vor dem Hintergrund leerer Kassen einen ungeheuren Handlungsdruck.

Die Zahl der Menschen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, ist durch Hartz IV deutlich gestiegen. Die soziale Herkunft entscheidet in hohem Maße über Bildungschancen und damit über Lebensperspektiven. Die neue Landesregierung wird deshalb u.a. eine Bundesratsinitiative zur Einführung von Mindestlöhnen sowie zur Anhebung der Hartz IV Regelsätze für Kinder und Jugendliche sowie eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagsstätten auf den Weg bringen.

» Wir brauchen einen handlungsbereiten und starken Staat, der in der Lage ist, Chancengleichheit und sozialen Ausgleich zu schaffen. Zwar gibt es berechtigte Kritik am kontrollierenden und bürokratisierten Staat und sicherlich auch weiteren Handlungsbedarf. Aber es gibt Grenzen des schlanken Staates: Qualifizierte Kinderbetreuung und Bildung für alle auf hohem Niveau lassen sich nur mit professionellen Kräften und Institutionen organisieren. Die Vorstellung, dass die Bürger selbst solche Aufgaben übernehmen, ist ein neoliberaler Irrweg. Die Öffentliche Daseinsvorsorge ist eine entscheidende Grundlage unserer Gesellschaft, die uns sensibel für die Grenzen der Privatisierung staatlicher Aufgaben machen muss. Das Land wird trotz des hohen Spardrucks nicht dazu übergehen, sein Tafelsilber zu verkaufen und sich aus der Verantwortung für den sozialen Frieden in seinen beiden Städten zu stehlen. Dies betrifft die kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die für die Stadtentwicklung eine zentrale Bedeutung hat, ebenso wie die Gesundheitsversorgung der Menschen in Bremen und Bremerhaven. ■



☞ Dr. Carsten Sieling, ist SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft.

Foto: privat

Ein Votum für die Mitbestimmung

von Marie Seyboth und Rainald Thannisch



„Es gibt keinen Grund, der Bundesregierung eine grundlegende Revision der deutschen Unternehmensmitbestimmung vorzuschlagen.“ Zu dieser Aussage kommt die wissenschaftlichen Mitglieder der Mitbestimmungskommission unter Leitung von Prof. Kurt Biedenkopf nach intensiver Beratung und umfangreichem Quellenstudium. Sie stellen fest, dass auch angesichts der Europäisierung des Unternehmensrechts sowie internationalisierter Märkte und Unternehmensstrukturen kein Anlass besteht, die deutsche Unternehmensmitbestimmung in Frage zu stellen.

□ Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede in Europa

Wir freuen uns über dieses klare Votum. Es unterstreicht den politischen Konsens über Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. So sollen Information und Anhörung in der Europäischen Verfassung als Grundrecht verankert werden. Bereits die Charta der sozialen Grundrechte von 1989 führt die Mitwirkung der ArbeitnehmerInnen an Unternehmensentscheidungen auf. Die Europäischen Betriebsräte haben Information und Konsultation zum Standard in grenzüberschreitenden Unternehmen gemacht. Die Europäische Aktiengesellschaft sieht auch das Recht auf Mitbestimmung vor. Bei den Mitbestimmungsmodellen in Europa gibt es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede, allen Modellen ist die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der Kontrolle der Unternehmensführung gemein. Gerade im Wandel zur Wissensgesellschaft steigt die Bedeutung der Mitbestimmung. Der bevorstehende Strukturwandel wird nur dann gelingen, wenn der „Wissensträger Mensch“ den Wandel akzeptiert und mitgestaltet. ArbeitnehmervertreterInnen bringen wichtiges und unersetzliches Wissen in die Aufsichtsratsarbeit ein. Nicht ohne Grund sind mitbestimmte Unternehmen produktiver.

□ Mitbestimmung stützt nachhaltige Unternehmensstrategien

Außerdem setzt die Mitbestimmung klare Anreize für Dialog und gegen einseitige Entscheidungen. Mitbestimmung begünstigt eine nachhaltige Unternehmensstrategie, die auf langfristige Wertschöpfung zielt und den Interessenausgleich mit den Stakeholdern sucht. Sie wird in dem von Private Equity und Hedge-Fonds geprägten Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart immer wichtiger. So müssen Finanzinvestoren auf die ausschließliche Kontrolle einer gekauften Kapitalgesellschaft verzichten. Und Mitbestimmungsträger können sich – wie beim Verkauf der Gabelstaplersparte von Linde geschehen – dafür einsetzen, dass ein Käufer mit langfristiger Zielsetzung ausgewählt wird.

Gleichzeitig dürfen wir die Mitbestimmung aber nicht überfordern. Eine wirkliche Zählung des globalen Kapitalismus verlangt neben der Weiterentwicklung der Mitbestimmung eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, die demokratische Steuerung der Finanzmärkte sowie eine makroökonomisch fundierte Steuer- und Konjunkturpolitik.



↳ Marie Seyboth, Justitiarin beim DGB Bundesvorstand, Berlin.

↳ Rainald Thannisch, Diplom-Volkswirt, politischer Referent beim DGB Bundesvorstand, Berlin.

Fotos: privat

Köpfe statt Beton

Wir brauchen ein neues

Verständnis von Investitionen

von Ulla Burchardt



Die Ressource „Wissen“ ist der entscheidende Faktor für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Auch Deutschland hat den Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie vollzogen: beim Wirtschaftswachstum lassen sich heute 70 bis 80 Prozent auf wissensbasierte Innovationen zurückführen.

Aber das Fundament dieses Innovationssystems hat Risse, das Bildungssystem ist im internationalen Vergleich nicht leistungsfähig genug. Was auch nicht verwundert, wenn Deutschland bei den öffentlichen Bildungsausgaben nur auf Platz 21 von 28 OECD-Staaten landet. Und auch vom Lissabon-Ziel, also drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, ist Deutschland trotz des 6-Milliarden-Euro-Programms des Bundes weit entfernt.

Die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft genügen den Anforderungen der Wissensgesellschaft nicht mehr. Das ist Fakt und nicht zuletzt auf einen Investitionsbegriff zurückzuführen, der noch aus dem Industriezeitalter stammt. Zum Tragen kommt er bei der Verschuldungsgrenze des Grundgesetzes, wonach die aufgenommenen Kredite die Ausgaben für Investitionen nicht übersteigen dürfen. Die Gretchenfrage dabei lautet: Was zählt als „Investition“, wenn es um die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts geht?

Das Grundgesetz definiert den Investitionsbegriff nicht näher. Vorgaben enthalten das Haushaltsgrundsätzegesetz und die Bundeshaushaltsordnung. Dort wird aufgezählt, welche Ausgaben als Investitionen ‚verbucht‘ werden dürfen. Ausgaben für Baumaßnahmen gehören dazu, also zum Beispiel für Schienen, Straßen und Gebäude – nicht aber die Ausgaben für ‚Wissen‘. Diese Vorgaben gehen zurück auf einen Konkretisierungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts von 1989.

Falsche Anreize für die Fiskalpolitik sind die Folge, wenn in Zeiten knapper Kassen Einsparungen doch vor allem im Konsumtiven Bereich vorgenommen. Und anders gedreht: Eine zusätzliche Investition in Beton ist durch zusätzliche Kredite finanziert möglich, eine Investition in Köpfe nicht. Aber in der Bildung ist eben nicht nur der Bau von Schulen wichtig, sondern es müssen auch Bücher und Lehrkräfte finanziert werden. Und zum Forschen braucht es nicht nur Forschungsbauten und Geräte, sondern auch Forscher und Fördermittel.

Werden Bildung, Wissenschaft und Forschung beim Investitionsbegriff weiter diskriminiert, wird das Fundament der Wissensgesellschaft weiter ausgehöhlt. Für den Innovationsstandort Deutschland bietet sich deshalb mit der Föderalismusreform II, die auf eine Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen abzielt, eine große Chance: Ausgaben für ‚Wissen‘ müssen in Zukunft als das begriffen werden, was sie sind: Als Investitionen, die Wachstum und Wohlstand bringen. Die Volkswirtschaft nennt das produktiv. ■



↳ Ulla Burchardt, MdB (SPD), ist Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und direkt gewählte Dortmunder Bundestagsabgeordnete.

Foto: www.spdfraktion.de

Pro: Brauchen wir die Grüne Gentechnik?

von Doris Barnett



↳ Doris Barnett,
MdB (SPD), Juristin, u.a. Mit-
glied im Bundestagsausschuss
für Wirtschaft und Technolo-
gie, sie lebt in Ludwigshafen.

Foto: www.spdfraktion.de

» Je länger ich mich mit dem Thema beschäftige, desto eindeutiger kann ich sagen: „Ja, wir brauchen die Pflanzenbiotechnologie, wir werden gar nicht auf sie verzichten können, wenn wir es mit der Umwelt ernst meinen – und wir können sie auch verantwortlich handhaben.“ Ich brauche nur dann eine neue Technologie, wenn sie etwas zur Lösung von Herausforderungen beitragen kann. „Beitragen“ heißt übrigens nicht, alle Probleme auf einmal und sofort lösen zu können – um hier erst gar keinen Absolutheitsanspruch aufkommen zu lassen.

□ Was sind die Herausforderungen?

Energie wird knapp, Pflanzen bieten als nachwachsender Rohstoff eine Alternative. Sollen sie weiter subventioniert (siehe Biodiesel) oder nicht eher konkurrenzfähiger werden? Ich setze auf letzteres; aber das setzt voraus, dass die Erträge massiv steigen müssen. Unter den bisherigen Gegebenheiten reicht die gesamte landwirtschaftliche Fläche Deutschlands nicht aus, um auch nur die von der EU beschlossenen Ziele bei der Beimischung von Biokraftstoffen zu erreichen. Da stellt sich die Frage: wo wachsen aber dann unsere Nahrungspflanzen?

Ein „Jahrhundertsommer“ nach dem anderen zeigt uns, dass wir Pflanzen benötigen, die eine größere Toleranz gegenüber Trockenheit aufweisen. Gentechnische Ansätze zeigen hier erste sehr gute Ergebnisse. Man kann diese Herausforderungen kaum anders lösen. Die konventionelle Landwirt-

schaft zum Beispiel verzeichnet wohl Ertragssteigerungen, allerdings unter 1% pro Jahr. Und auch diese nur mit entsprechender Düngung und ausreichenden Pflanzenschutzmitteln.

Ich kenne die Befürchtungen, dass beim Saatgut weltweit immer mehr Konzentrationsprozesse stattfinden, dass von Wettbewerb in der Landwirtschaft zunehmend weniger die Rede sein kann. Auch hier fordere ich mehr Ehrlichkeit: wenn immer strengere Anforderungen, Tests, Zertifikate, Kontrollen usw. gefordert werden, wird das für viele Saatguthersteller nicht nur wegen des bürokratischen Aufwands, sondern auch wegen des finanziellen Risikos zu einer unüberwindbaren Hürde, und sie ziehen sich vom Markt zurück.

□ Weltweit Standards setzen

Gentechnisch modifizierte Pflanzen sind manchmal in 50 und mehr Instituten auf ihre Umweltverträglichkeit und Gesundheitsunschädlichkeit überprüft worden. Ein ebenso strenges Verfahren haben wir mit REACH beim Pflanzenschutz etabliert. Dennoch reagieren Menschen eher gefühlsmäßig auf Begrifflichkeiten. Wir müssen über Vorbehalte und Bedenken reden und unbegründete Ängste aus der Welt schaffen. Deutschland ist in der Biotechnologie Weltspitze. Wir können deshalb weltweit Standards setzen, was die Zuverlässigkeit, die Umweltverträglichkeit, die Unschädlichkeit für Mensch und Tier angeht. Wir sollten diese Möglichkeit nutzen, bevor „Standards“ durch ganz andere Interessen andernorts verwässert werden. ■

■ Contra: Wir brauchen keine Gentechnik auf dem Acker!

von René Röspel ■ ■



↳ René Röspel, MdB (SPD), Diplom-Biologe, u.a. Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung, er ist spw-Mitherausgeber und lebt in Hagen.

Foto: www.spdfraktion.de

Verantwortlich Politik zu machen, heißt für mich, auf Basis möglichst umfassender Information eine abgewogene Entscheidung zu treffen, die die Handlungsspielräume künftiger Generationen nicht einschränkt (sondern idealerweise sogar erweitert). Dies bedeutet, dass Entscheidungen getroffen werden, die rückholbar sind. Entscheidungen wie z.B. für die Errichtung eines Windrades zur Energieerzeugung gehören dazu, denn sie können jederzeit schadlos für die Gesellschaft widerrufen werden. Eine solche Abwägung ist bei einer Entscheidung über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zwingend.

□ Wissenschaftliche Bewertung ist widersprüchlich

Die Behauptung, dass auf 102 Mio. ha weltweit GVO angebaut werden, aber „noch keine Probleme bekannt seien“, ist noch keine Beweisführung. Nur 1% der weltweit angebauten Flächen unterliegen einem Monitoring, bei dem oft unklar ist, ob es den besonderen Anforderungen für transgene Pflanzen genügt. Wissenschaftliche Untersuchungen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen unproblematisch sind für Mensch und Umwelt, sind häufig widersprüchlich. Aktuelles Beispiel ist die unterschiedliche Interpretation der Ergebnisse der Verfütterung des Genmais MON863 an Ratten. Während die von Greenpeace beauftragten Wissenschaftler signifikant veränderte Leber- und Nierenwerte feststellen, sieht der Hersteller Monsanto keine Auffälligkeiten. Die Entscheidung des Bun-

desamtes für Verbraucherschutz für ein vorläufiges Handelsverbot von MON810 zeigt ebenfalls, dass es erhebliche Unsicherheiten bei GVO gibt. 20 Jahre Umgang mit der „Grünen“ Gentechnik reichen nicht, um ihre Auswirkungen abzuschätzen. Verantwortlicher Umgang bedeutet daher, vorsichtig mit der Freisetzung gentechnische veränderter Pflanzen umzugehen.

□ Zukunftsmärkte unterstützen

Dass die „Grüne Gentechnik ein Zukunftsmarkt mit gewaltigem Wachstumspotenzial“ sei, ist eine kaum zu belegende Mär. Großkonzerne wie Monsanto, Bayer CropScience erhöhen hier den Druck, weil sie hohe Summen in die Forschung mit GVO investiert haben und nun aus den roten Zahlen heraus wollen, indem sie ihre Produkte in den Markt drücken. Welche Konsequenzen das für die heimische, mittelständische Saatgutindustrie und Landwirtschaft hat, wird häufig ausgeblendet. Laut „Biotechnologiereport 2006“ von Ernst & Young ist die Zahl der in der Biotechnologiebranche Beschäftigten auf unter 10.000 gesunken. Die Beschäftigtenzahlen im Öko- und Biolandbereich stiegen hingegen auf über 150.000 – Tendenz steigend. Diese Branche braucht aber Gentechnikfreiheit auf ihren Äckern. Wenn eine Entscheidung gefällt werden müsste zugunsten von Wirtschaftswachstum, Zukunftspotenzial und Beschäftigungsförderung, dann im Bereich der Bio- und konventionellen Bauern und gegen Gentechnik auf dem Acker. Die SPD tut gut daran, sich hier eindeutig zu positionieren. ■



Foto: privat

↳ Sven Giegold, Mitbegründer von Attac Deutschland und derzeit Sprecher der Attac AG Steuerflucht und Steuerpolitik, lebt in Verden/Aller.

↳ Das Gespräch führte Reinhold Rünker Mitte Mai mit Sven Giegold über die aktuelle Situation der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland.

„Entscheidend ist den globalen Rahmen zu verändern, nicht in welcher Partei man ist“...

Interview mit Sven Giegold ■ ■

spw: Ende April haben zahlreiche Organisationen und Zeitschriften von Attac über publik forum bis ver.di eine Alternativ-Tagung zum Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister durchgeführt. Was war das Ziel der Tagung?

Sven Giegold: In praktisch allen relevanten Politikfeldern stoßen wir mit unseren Alternativen an die Grenzen des europäischen Binnenmarktes. Dieser ist einseitig auf Marktliberalisierung ohne anspruchsvolle soziale und steuerliche Regulierung ausgerichtet. Überall in Europa, auch in Skandinavien, sind Ungleichheit und Unsicherheit auf dem Vormarsch. In der progressiven Zivilgesellschaft gibt es trotz dieser weitgeteilten gemeinsamen Analyse große Unterschiede, was die richtige Reaktion darauf ist: mehr oder weniger europäische Integration, für oder gegen z.B. die EU-Verfassung. Unser zentrales Ziel der Veranstaltung war unsere Analysen anzunähern, Alternativen bekannt zu machen und vor allem uns bei den EU-Strategien näher zu kommen.

spw: Wie wurde die deutsche EU-Präsidentschaft bewertet?

Sven Giegold: Alle VeranstalterInnen kritisieren in einer gemeinsamen Abschlusserklärung scharf die Fortsetzung der auf Liberalisierung ausgerichteten Strategie der EU. Die deutsche Präsidentschaft bietet zwar einige Rhetorik zum sozialen Europa. Anspruchsvolle Maßnahmen zum Ausgleich des sozialen Defizits der EU fehlen. Wir erwarten, dass die deutsche Bun-

desregierung sich für den Erhalt der Rahmenbedingungen für Sozialstaatlichkeit genauso konsequent einsetzen, wie etwa Frankreich für ihren Agrarsektor.

Solange es keine Abkehr der EU auf Liberalisierung ohne soziale und steuerliche Regulierung gibt, sehen wir den vorgelegten EU-Verfassungstext nicht als Chance. Daher ist es konsequent, dass soziale Bewegungen die Zustimmung verweigern.

spw: Was ist Deine europäische Vision?

Sven Giegold: Der europäische Einigungsprozess ist eine kaum zu überschätzende Errungenschaft. Sie wird aber nur erhalten bleiben, wenn sie mit starken sozialen, steuerlichen und ökologischen Regeln verbunden wird. Zudem braucht die EU eine tiefgreifende Demokratisierung, die mit dem „Europa der Regierungen“ bricht. Die 16 europäischen Attacs haben mit ihren „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ kürzlich eine gemeinsame Vision veröffentlicht. Es geht um eine EU, die nicht die Freiheit des Binnenmarktes, sondern die Freiheit von Ungleichheit, Unsicherheit und Umweltzerstörung an die erste Stelle setzt. Die notwendige Ausweitung europäischer Regeln wird von den BürgerInnen nur akzeptiert werden, wenn gleichzeitig Elemente partizipativer Demokratie eingeführt werden. Auch deshalb ist unsere zentrale Forderung: Ein neuer EU-Vertrag muss durch eine direkt-gewählte Versammlung erarbeitet und durch Volksabstimmung bestätigt werden.

spw: Die Aktionen rund um den G-8-Gipfel in Heiligendam haben die globalisierungskritische Bewegung wieder stärker in den medialen Fokus gerückt. Wie wird das von Dir bewertet?

Sven Giegold: Attac hatte schon Wochen vor dem Gipfelgenauso viel Aufmerksamkeit wie nach Genua. Das Interesse ist mit der G8- und EU-Präsidentschaft enorm gewachsen. Unsere Pressestelle leidet unter „Mega-Stress“. Das ist erfreulich, zeigt doch die starke Mobilisierung, dass die Menschen die neue Ungleichheit nicht akzeptieren. Noch nie hat es zu einem G8/G7-Gipfel in Deutschland eine so breite und starke Mobilisierung gegeben. Wir haben über 1.000 Veranstaltungen im Vorfeld gezählt. Bei Attac haben wir einen sprunghaften Anstieg von Neumitgliedern und Spenden.

spw: Große Teile der sozialen Bewegung haben sich spätestens seit der „Agenda-2010“-Debatte mit der Sozialdemokratie überworfen. Führungskräfte von Bündnis 90/Die Grünen sind Ostern mit harten Worten auf Distanz zur Friedensbewegung gegangen. Verengt sich der parteipolitische Bezugsrahmen für soziale Bewegung oder haben wir es mit einer zunehmenden Entkoppelung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik zu tun?

Sven Giegold: Bei Attac gibt es politikwissenschaftlich betrachtet, nach wie vor sehr viele SozialdemokratInnen. Die Frage ist eher, ob sie das Gefühl haben, dass die SPD noch sozialdemokratische Politik macht. Ich habe da auf Bundesebene starke Zweifel. Umgekehrt mache ich mir aber angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung keine Illusionen: Käme die Linkspartei auf Bundesebene an die Regierung, würde sie sich, wie in der Berliner Landesregierung demonstriert wird, vermutlich ähnlich verhalten wie Rot-Grün. Deshalb bleibe ich dabei: Entscheidend ist den globalen Rahmen zu verändern, nicht in welcher Partei man ist. In sofern sind dann alle progressiven Parteien auch wieder sehr ähnlich und viele Attacies wissen nicht, auf welche Partei sie positiv sich beziehen sollen.

spw: Der Aufschwung ist in Deutschland angekommen. Die Steuerquellen sprudeln, auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es trotz mehr als 3,5 Millionen Arbeitsloser positive Entwicklungen. Welche Auswirkungen hat die politische Debatte und die sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland? Verliert sich der gesellschaftliche Druck, je besser die ökonomischen Verhältnisse wieder werden?

Sven Giegold: Aus unserer Sicht kommt es nicht nur auf die Höhe der Arbeitslosigkeit an, sondern die unerträgliche Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialer Sicherheit. Diese neue Ungleichheit wird von der großen Mehrheit nicht akzeptiert. Sie ist sicher kein konjunkturelles Problem, sondern braucht eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

**analysen
fakten & argumente**

JOB-EXPORT
Die neue globale Arbeitsteilung



ISW REPORT_NR. 68
ein Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e. V.

Die deutschen Firmen intensivieren die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Welche Arbeitsplätze sind betroffen? Welche Auswirkungen haben die Verlagerungen auf die Situation der Beschäftigten in den "Heimat"-Ländern der Konzerne und in den Zielländern?

isw-report 68
Dezember 2006
3,50 Euro + Vers.

Bestellungen, Gesamtprogramm
isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de



Kriterien politischer Gestaltung

Einleitung zum Schwerpunkt

von Reinhold Rünker

Die Beiträge in diesem Heftschwerpunkt sind im Kontext sowohl der SPD-Programmdiskussion als auch der spw-Diskussion über das spw-Editorial (spw 150) zu sehen. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln wird die Frage diskutiert, welche Kriterien für die politische Gestaltung angelegt werden, welche Rolle staatlichem Handeln zukommt.

□ Kriterien politischer Gestaltung

Detlev Albers und Andrea Nahles kritisieren in ihrem Beitrag die Bremer Programmentwürfe dafür, dass er auf zentrale Zukunftsfragen keine Antworten gibt, weil ihm die richtigen Fragestellungen fehlen und weisen auf das Fehlen eines globalen politischen und ökonomischen

Ordnungsrahmens hin, der die internationalen Finanzmärkte zähmt und demokratisch legitimierte politische Gestaltung im internationalen wieder möglich macht. Daher tue sich der Entwurf mit einer eigenen Leitidee, die Ausgangspunkt für die Entwicklung politischer Gestaltungskriterien wäre, schwer. Ihr Vorschlag für eine Leitidee ruht auf zwei Säulen: 1. ein ökologisch verträgliches Wirtschaften im globalen Maßstab; 2. die Konzeption eines Sozialstaats, das die Vorsorge mit der notwendigen „Nachsorge“ verbindet.

„Wer Gestaltungsmöglichkeiten negiert und Gestaltung aufgibt, verliert Legitimation“, formulieren Albers und Nahles. Hier knüpft der Beitrag von H. Peter Rose an. Er fordert eine präzisere Formulierung der Grundwerte und Ziele des demokratischen Sozialismus als Kriterien politischer Regulierung ein. Rose fragt außerdem, wen die Partei im Blick hat, wenn sie von der Bedeutung der Bürgergesellschaft spricht: „Der Citoyen, der Staatsbürger, oder der Bourgeois, der Besitzbürger, der als Unternehmer und Manager auch über die Arbeitskräfte verfügt?“

Harald Lürmann präsentiert in seinem Beitrag sechs konkrete Kriterien politischer Steuerung: 1. Die Ganzheitliche Orientierung an nachhaltiger Lebensqualität; 2. Institutionelle Berücksichtigung sozialer Anpassungsprozesse; 3. Starke Öffentliche Wirtschaft; 4. Mitbestimmung und Tarifautonomie; 5. Verteilungsgerechtigkeit sowie 6. einen starken Staat. Über ein „politisches Controlling“ will Lürmann diese Kriterien in der politischen Praxis zu Geltung kommen lassen. Horst Peter plädiert in seinem Beitrag für das Kriterium „Nachhaltigkeit“ für politisches Handeln im globalen wie lokalen Maßstab.

In der aktuellen und theorieorientierten Literatur zum Thema „Transformation des Staates“, die Thilo Scholle in seinem Beitrag vorstellt, werden die strukturellen Veränderungen in staatlichem Handeln in den Mittelpunkt gerückt: wie verändern sich die Regulierungsebenen national wie international und wie ist es um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bestellt.

□ Europa in den Blick nehmen

„Für alle Diskurse und deren programmatische Konsequenzen gilt, dass sie in letzter Konsequenz immer im Sinne eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu sehen, dann aber auch tatsächlich unter den Bedingungen der sog. Globalisierung realisierbar sind. Hiermit kann sich Europa noch stärker als eigenständiger Faktor in einem multilateralen internationalen Gefüge etablieren und gezielte Entwicklungskooperationen mit anderen Weltregionen aufbauen.“ So heißt es im spw-Editorial. In der aktuellen Programmdebatte spiegelt sich dies nur unzureichend wieder. Zwar werden große Hoffnungen an die Europäische Union geknüpft, wie sich aber die Handlungsfähigkeit einer sich weiter vergrößern- den Union ohne Verfassung und verbindende Idee über die vorherrschende neoliberale Marktideologie hinaus (wieder) herstellen lässt, bleibt unklar.

Stefan Collignon, der während der Finanzministerzeit von Oskar Lafontaine für dessen Europapolitik Verantwortung trug und zwischenzeitlich international Politikwissenschaften lehrt, schlägt vor, die politische Energie auf die Schaffung einer europäischen „Republik“ zu lenken: „Das europäische intergouvernementale System kann eine repräsentative Demokratie nicht ersetzen, da die Regierungen immer nur gegenüber der eigenen Nation verantwortlich sind, aber niemals gegenüber allen europäischen Bürgern. Die Tatsache, dass die Bürger eine immer größere Anzahl von europäischen Gütern besitzen, erfordert, dass sie auch die Möglichkeit haben darüber zu bestimmen, wie sie regiert werden.“ Das wäre ein ehrgeiziges Projekt, das im bisherigen Programmentwurf nur sehr verklausuliert anklingt.

□ Ausblick

Die SPD-Programmdebatte wird in diesem Herbst abgeschlossen. Auch wenn es noch eine Reihe von Präzisierungen und Verbesserungen geben wird, so muss weiterhin bezweifelt werden, ob es damit gelingen wird, ein Grundsatzprogramm für die kommenden 20 - 25 Jahre vorzulegen. Zu stark sind derzeit noch die Selbstbeschränkungen, die sich die Sozialdemokratie als Programmpartei in Regierungsverantwortung auferlegt. Zuviel wird darauf abgeklopft, ob es kurzfristig politisch umsetzbar ist oder in der politischen Alltagsarbeit zumindest nicht „hinderlich“ ist. Das Programm ist auf Konsens mit einer verschwommenen gesellschaftlichen Mitte ausgerichtet. Die Debatte hat nicht den diskursiven, streitbaren Anspruch gezeigt, das Neue aus den Widersprüchen des Alten zu entwickeln und das gesellschaftlich Widerständige in die eigene Positionierung einzu beziehen. Das zeigt sich eben auch daran, dass gesellschaftlicher Protest und politischer Veränderungswille in der Programmdebatte weitgehend ausgeblendet oder in Überlegungen zur „solidarischen Bürgergesellschaft“ delegiert werden. Die Bereitschaft, Auseinandersetzungen anzunehmen, den Konflikt als Mittel zur Erreichung des besten Ergebnisses (das dann auch ein anderes sein kann, als mit dem man in den Konflikt hinein gegangen ist), ist der Sozialdemokratie zunehmend „fremd“ geworden. Veränderungen erscheinen von außen erzwungen und werden dann technisch, handwerklich antizipiert.

Die Debatte in spw über „Öffentliche Güter – Politische Ökonomie“ (Feld 2, spw-Editorial 150) müsste, nachdem wir in den vorangegangenen Heftschwerpunkten das Feld v.a. mit Blick auf kommunale und regionale Fragestellungen sondiert haben, nun stärker sowohl die internationale und globale Ebene der Analyse in den Blick nehmen, als auch die Frage der Akteure selbst – also im Sinne der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – in den Blick nehmen. ■

„Linke Programmbausteine“

Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD

von Deltev Albers und Andrea Nahles

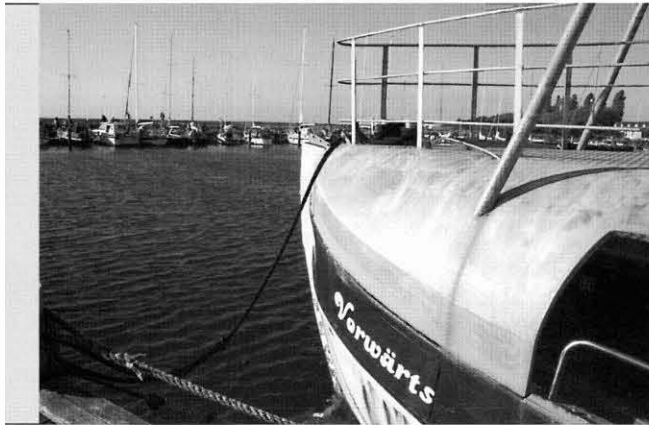


Foto: Christian Kiel

» „Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert.“ In ultimativer Kürze benennt dieser Satz am Anfang des Bremer Entwurfes den Unterschied zu allen vorhergehenden Programmdokumenten. Seit mehr als sechs Jahren arbeitet und diskutiert die SPD an ihrem neuen Grundsatzprogramm. Im Herbst dieses Jahres wird es nun verabschiedet. Es wird das erste gesamtdeutsche Programm der SPD sein, formuliert unter den Bedingungen von Globalisierung und fortschreitender europäischer Integration. Diese grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und die „Widersprüche unserer Zeit“ stellen uns vor außergewöhnliche Herausforderungen. Gemeinsam mit 24 weiteren Autorinnen und Autoren mischen wir uns als HerausgeberInnen des Buches „Linke Programmbausteine – Denkanstöße zum Hamburger Programm“ in die laufende Grund-

satzprogrammdebatte ein. Bisher führt die SPD eine Programmdebatte, die ohne Kontroversen und echte Diskussionen auskommt. Das wollen wir ändern. Wir konkretisieren, wir ergänzen und wir spitzen zu, wo es nötig ist.

Dieser Text basiert auf den einzelnen Beiträgen des Buches. Zitate und sinngemäße Wiedergabe wurden nicht den einzelnen Autorinnen und Autoren zugeordnet. Vielmehr soll deutlich werden, dass mit diesem Buch eine breite Themenpalette aufgenommen wird. Angefangen von der Arbeitsmarktpolitik über die Sozialpolitik bis hin zur Energiepolitik, zur Europapolitik und zur internationalen Politik.

□ Die Widersprüche unserer Zeit

» Grundsatzprogramme spiegeln Ergebnisse von Lernprozessen wider, die sich der Auseinandersetzung mit einer tief greifend veränderten Wirklichkeit ergeben. Dabei müssen wir uns unserer Geschichte bewusst bleiben, dazulernen und vor allem unsere Tradition nicht verleugnen. Dazu gehört nach wie vor die unsere Geschichte prägende Idee des Demokratischen Sozialismus. Auch wenn die Vision des Demokratischen Sozialismus kein Dogma darstellt, so reicht es nicht aus, sie durch das ständige Bekenntnis zur Sozialen Demokratie zu ersetzen. Politik ist immer die Überwindung von Widerständen gegenüber einem angestrebten Ziel. Grundsatzprogramme sind dabei Standortbestimmungen, die eine klare Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft vor-

aussetzen. Der „Widerspruch unserer Zeit“ zeigte sich in den Worten des Godesberger Programms auf dreifache Weise:

- „dass der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchte“
- „dass der Mensch die Produktivkräfte auf das höchste entwickelte, ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen“;
- „dass der Mensch sich die Räume der Erde unterwarf, die Kontinente zueinander rückte, nun aber in Waffen starrende Machtblöcke die Völker mehr voneinander trennen als je zuvor und totalitäre Systeme seine Freiheit bedrohen.“

Die genannten Widerspruchelemente waren bereits damals globaler Art. Sie sind heute nicht mehr in gleicher Weise vorhanden. Aber was damit zum Ausdruck gebracht wird, hat sich keineswegs erübrigt. Der Siegeszug des weltweiten Kapitalismus, der sich mal für mal über nationalstaatliche Fesseln hinwegsetzt, hat vielerorts zu ungeahnter Wohlstandsmehrung geführt. Er begegnet jedoch einer zweifachen Schranke: Es ist einerseits die soziale Frage, die er jetzt mit neuer Wucht hervorruft und es sind die Grenzen der Erde selbst, die Endlichkeit ihrer Ressourcen wie ihrer Fähigkeit zur Erneuerung, die ihm mehr und mehr entgegenstehen.

□ Eine Leitidee für das Hamburger Programm

Da der Programmentwurf eine präzise Analyse unserer Zeit vermissen lässt, liefert er auf zentralen Fragen keine klaren Antworten. Wir müssen eine das gesamte Programm tragende Leitidee entwickeln. Es bedurfte nicht erst der dramatischen Befunde des jüngsten Weltklima-Berichts der UNO, um die menschenverursachte Erderwärmung als wahrhaft globales Schlüsselproblem zu erkennen. Da dies niemand ernsthaft bestreiten kann, müssen Abwehrstrategien und Krisenauswege dagegen wie eine Leitidee jedes Grundsatzprogramm im „Globalen Jahrhundert“

durchziehen, und dies auf allen Ebenen. Im Bremer Entwurf findet das Thema dagegen erst ganz am Ende, im Abschnitt 4.9 „Nachhaltiger Fortschritt“, eine gründlichere Erörterung. Auch dort aber fehlt jeder Hinweis auf die enormen Widerstände, die den benötigten Veränderungen begegnen und die heutige prekäre Lage überhaupt erst haben entstehen lassen. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Fragen von Klimaschutz und der Durchsetzung ökologisch verträglichen Wirtschaftens im Text des „Hamburger Programms“ einen entschieden größeren Stellenwert erhalten.

Die Konzeption des vorsorgenden Sozialstaates bildet einen weiteren Ansatz zu einer tragenden Leitidee. In unserem neuen Programm müssen wir deutlich machen, was das konkret heißt und wie der soziale Fortschritt dabei aussieht. Noch dominiert, wie schon vorher in den Leitsätzen, zu sehr die Kritik eines auf „Nachsorge“ ausgerichteten Sozialstaates. Grundlegend ist jedoch: Auch in Zukunft brauchen Menschen Sicherheit, um flexibel, mobil und lernbereit zu sein. Aus diesen Gründen sollten wir die Arbeitslosenversicherung schrittweise in eine Beschäftigungsversicherung umbauen. Diese knüpft an individuelle (Erwerbs-) Biografien an, begreift soziale Sicherung und Bildung beziehungsweise Qualifizierung als zunehmend verschränkte gesellschaftliche oder staatliche Aufgabe und richtet sich an dem Gedanken der Vorsorge aus.

□ Grundpfeiler des vorsorgenden Sozialstaates

Im vorliegenden Programmentwurf wird die Beschäftigungsversicherung zwar genannt, aber es bleibt unklar, was damit gemeint ist. Jedoch muss sie künftig einen Grundpfeiler des vorsorgenden Sozialstaates bilden. Die Beschäftigungsversicherung etabliert zunächst einen Rechtsanspruch auf lebenslange Weiterbildung und Qualifizierung und verbindet ihn gleichzeitig mit einer sozialen Absicherung für den „Ernstfall“ der Arbeitslosigkeit. Sozialdemokratische Politik muss nach wie vor danach streben, ▶

eine Beschäftigungsperspektive für alle Menschen zu eröffnen. Dabei ist sicher nicht alles sozial und ökologisch sinnvoll, was Arbeitsplätze schafft. Gerade wer eine moderne Beschäftigungspolitik betreiben will, muss sie an ökologisch und sozial nachhaltigen Kriterien ausrichten. Wer ein neues Grundsatzprogramm formuliert, darf nicht dabei stehen bleiben, was im Rahmen einer Großen Koalition umsetzbar ist, sondern muss darüber hinaus ehrgeizige, überzeugende und motivierende Vorstellungen entwickeln. Der Mensch und nicht der Markt muss im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Ungleichheit hemmt individuelle und kollektive Entfaltung, missachtet die Lebensleistung von Millionen Menschen und stellt die gleiche Würde aller Menschen als Ausgangspunkt und Ziel politischen wie staatlichen Handelns in Frage. Diese Ungleichheit drückt sich vor allem in der Verteilung von Einkommen und Vermögen aus.

□ Zähmung der Finanzmärkte ist nötig

Der Aktionärskapitalismus stellt die ökonomische Funktionalität des Sozialstaates in Frage. Kurzfristige Gewinne sind auch ohne guten Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung und soziale Sicherung erzielbar. Die Bereitschaft, sich den sozialen Frieden etwas kosten zu lassen, ist rückläufig. Darüber hinaus gefährdet die Ressourcenverknappung die Grundlagen allen Wirtschaftens und die wirtschaftliche Liberalisierung zerstört gleichfalls die soziale Balance der Gesellschaften. Wir müssen mit unserem neuen Grundsatzprogramm Antworten geben, wie wir mit den Finanzmärkten zukünftig umgehen wollen. Dabei ist zu beachten, dass im Zuge der Globalisierung der Nationalstaat an Handlungskraft verloren hat, „das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenwachsen der Welt bringt das politische System der Nationalstaaten unter erheblichen Veränderungsdruck“ – so der Bremer Entwurf richtig.

□ Wir im globalisierten Europa

Der Veränderungsdruck führt zu Nationalstaaten übergreifenden politischen Systemen. Das sind für Deutschland das regionale System der Europäischen Union und das globale der Weltgesellschaft. Der Begriff Weltgesellschaft taucht jedoch im Entwurf nicht auf – ganz im Gegensatz zum „Berliner Programm“ von 1989. Das notwendige Ziel einer Weltdemokratie setzt jedoch voraus, die Wirklichkeit der Weltgesellschaft anzuerkennen.

Zahlreiche Probleme im Zusammenhang mit der Globalisierung sind auf einen mangelnden Ordnungsrahmen zurückzuführen. Die wirtschaftliche Verflechtung hat rasch zugenommen, während parallel keine umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Institutionen aufgebaut worden sind. Wir müssen feststellen, dass die EU den Erwartungen ihrer Bürger und Bürgerinnen noch lange nicht gerecht wird. Subjektives Empfinden der Menschen und objektive Gegebenheiten stimmen darin überein, dass die EU einerseits ein demokratisches Defizit hat und dass andererseits wegen der vorrangigen Orientierung am Marktprinzip die soziale Dimension vernachlässigt wird. Bei der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD stellt sich deshalb auch die Frage, wie wir Europa zu einer Europäischen Republik ausbauen werden, die einerseits eine klare Trennung von Zuständigkeit zwischen europäischer Ebene und Nationalstaaten erreicht. Aber andererseits auch Souveränitätsrechte, wie z.B. eigenes Haushaltsrecht, auf der EU-Ebene etabliert.

□ Global Governance

Durch eine notwendige Reform der Vereinten Nationen, durch verbesserte Zusammenarbeit und Stärkung von internationalen und regionalen Organisationen müssen wir darüber hinaus einen globalen Ordnungsrahmen schaffen. Wir brauchen mehr Global Governance. Orientierung sollten dabei „Menschliche Sicherheit“ und „Gesellschaftliche Nachhaltigkeit“ sein.



Im „Hamburger Programm“ müssen wir uns grundsätzlich für eine Stärkung ziviler friedenspolitischer Maßnahmen gegenüber den militärischen Optionen aussprechen. Diese ist und bleibt für uns das letzte Mittel zur Schaffung von Frieden. Zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur unter strengen Bedingungen einsetzen. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern nicht mehr militärische Mittel, sondern vielmehr politische Konzepte. Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle müssen wieder verstärkt als wesentliche Bestandteile einer Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden. Der Bremer Entwurf unterstreicht dies und stellt zutreffend fest, dass die „zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (...) die Renaissance einer Politik der Rüstungsbegrenzung, der effektiven Rüstungskontrolle und Abrüstung (verlangt)“. Es gibt noch viele Zweifel an den im Entwurf formulierten außenpolitischen Grundsätzen. Insbesondere sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik sollte sich offen zu ihren Grundlagen bekennen, die sie leiten. Für uns sind nicht abstrakter Einfluss und nationale Interessen handlungsleitend. Vielmehr bemisst sich die Glaubwürdigkeit Deutschlands in Fragen internationaler Politik nach der Verwirklichung unserer Werte, wie der Eindämmung von Krieg, Vertreibung und Flüchtlingsströmen, der Bekämpfung von Hunger und Armut, der Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen, humanitären Katastrophen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

□ Fazit

Wir müssen die realen Entwicklungen offensiv angehen. Wer Gestaltungsmöglichkeiten negiert und Gestaltung aufgibt, verliert Legitimation. Allerdings darf es in unserem neuen Grundsatzprogramm nicht nur um die Sicherheit einer flexiblen Gesellschaft gehen. Der Staat muss nicht unbedingt als Unternehmer oder Manager tätig werden. Jedoch nimmt er eine Schlüsselrolle bei der Bereitstellung einer sozialen Ordnung, geeigneter Leistungs- und Sparanreize und geeigneter Mittel für eine Risikobereitschaft sowie für die Sicherstellung der Qualifikation eines größtmöglichen Teils der Bevölkerung ein. Im neuen Grundsatzprogramm müssen klare Antworten auf der Grundlage einer tragenden Leitidee formuliert werden. Auch Nationalstaatliche Herausforderungen können heute nur im Rahmen eines sozialen Europas bewältigt werden. Wir brauchen eine „Europäische Republik“, an deren Spitze eine Europäische Regierung, legitimiert durch das Europäische Parlament, steht. Zusammen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren und insbesondere den Gewerkschaften wollen wir über die Arbeits- und Produktionsbedingungen und Gewinnverteilung mitentscheiden und vor allem mitgestalten. Dazu gehört nicht zuletzt die paritätische Mitbestimmung in der Wirtschaft. Auch das gehört in unser zukünftiges Programm auf dessen Grundlage wir die Globalisierung politisch gestalten und Gerechtigkeit auch im 21. Jahrhundert durchsetzen wollen. ■

☞ Detlev Albers, ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bremen und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

☞ Andrea Nahles, MdB (SPD), Mitglied im SPD-Präsidium und spw-Mitherausgeberin.

Beide sind Mitglieder der SPD-Programmkommission.

Der Text stellt eine Zusammenfassung des gleichnamigen Buches dar, das im April 2007 im Vorwärts-Buch-Verlag erschienen ist: Detlev Albers, Andrea Nahles (Hg.), Linke Programmbausteine – Denkanstöße zum Hamburger Programm der SPD, Berlin 2007.



Foto: Christian Kiel

Von der kritischen Analyse zur politischen Gestaltung der demokratischen Gesellschaft

Anmerkungen zum „Bremer Entwurf“

für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

von H. Peter Rose



Der „Bremer Entwurf“ ist nicht wie ein „Grundsatzprogramm“, sondern wie ein „Wahlprogramm“ formuliert. Er beschreibt nicht das programmatische Selbstverständnis der Sozialdemokratie, sondern versucht, sozialdemokratisches Regierungshandeln à la „Agenda 2010“ wortreich zu rechtfertigen. Aus linker Sicht ist eine Auseinandersetzung mit dem Entwurf wegen seines affirmativen Charakters in der Beschreibung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nur sehr schwer möglich. Eigentlich müsste ein „Gegenentwurf“ geschrieben werden. Das ist aber in der knappen Zeit bis zum Programmparteitag nicht mehr zu schaffen. Somit bleibt nur die grundsätzliche Kritik an einzelnen Punkten des Entwurfs und das Aufzeigen exemplarischer Alternativen.

Schon die beschönigenden und verharmlosenden Umschreibungen und Fehleinschätzungen der gesellschaftlichen Situation im ersten Abschnitt des „Bremer Entwurfs“ sind alles andere als eine realistische Analyse der „Zeit, in der wir leben“. Dieser Mangel, „das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden“ (S. 6) oder besser: das Richtige vom Falschen, schleicht sich schließlich durch das ganze Programm. Wenn es etwa heißt: „Angesichts der Globalisierung wächst die Bedeutung der Kom-

munen als Orte, in denen Menschen Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit erfahren“ (S. 8), dann wird damit zwar eine kommunale Idylle von Heimat beschworen, die den Menschen vor Ort helfen kann, ihre existenziellen Probleme zu verdrängen, nicht aber, wie sie zu lösen und ihr Gemeinwesen lebenswert zu gestalten sind, denn die kapitalistische Globalisierung hat längst auch die Kommunen und ihre demokratische Selbstverwaltung funktionell erheblich beschädigt.

Geradezu ärgerlich ist eine Formulierung im Unterabschnitt „Politik im Wandel“ (S. 9), wenn auf die „unverwechselbare wie unverzichtbare demokratische Legitimation und Verantwortung“ der Parteien hingewiesen wird und es im Folgesatz trotzig-selbstgerecht heißt: „Das bleibt so, auch wenn die Parteien an Vertrauen und Ansehen eingebüßt haben.“ Die besondere Stellung der Parteien und ihre Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung sind im Grundgesetz verankert. Ob die SPD diese Gelenkfunktion zwischen Staat und Gesellschaft in Bund, Ländern und Gemeinden aber noch hinreichend wahrnehmen kann, ist fraglich. Dazu braucht sie Mitglieder und Wähler. Die aber sind ihr in letzter Zeit in hohem Maße abhanden gekommen. Die Organisationskraft hat eben-

so nachgelassen wie die Überzeugungskraft der Sozialdemokratie. Das Rechtfertigen des Regierungs- und Verwaltungshandelns allein überzeugt nicht. Es bedarf, wenn es verstanden werden soll, einer grundsätzlichen Position, von der aus der Meinungs- und Willensbildungsprozess nachhaltig gestaltet werden kann. Das Godesberger Programm hatte hierzu eine klare Position: „Wir streiten für die Demokratie. Sie muss die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.“ Demokratie als allgemeines Prinzip legt die Spielregeln für die parlamentarische Demokratie im Staat fest und soll ebenso die Lebensweise der Gesellschaft mit ihren Organisationen und Vereinigungen sowie den Umgang der Menschen untereinander bestimmen.

□ Klar und deutlich sagen, was ist und was sein soll

» Ohne eine kritische Analyse der gesellschaftlichen Situation, um deren Veränderung durch politische Gestaltung es in dem neuen Grundsatzprogramm doch wohl gehen soll, ist eine deutliche und überzeugende Darstellung für Mitglieder und Bevölkerung nicht möglich. Denn nur über eine ehrliche und verständliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, lassen sich, gestützt auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die mittel- bis langfristigen politischen Ziele bestimmen. Für die SPD kommt es einmal mehr darauf an: Aussprechen, was ist und was sein soll! Das muss in einer klaren und unmissverständlichen Sprache geschehen. Hiervon ist der „Bremer Entwurf“ weit entfernt. Der Text ist in seiner Geschwätzigkeit schwer lesbar und unverständlich. Viele Sätze sind nicht „geradeaus“ formuliert. Häufig werden Feststellungen getroffen, um sie im nächsten Satz oder Halbsatz wieder zu relativieren. Die Rhetorik mancher Passagen mag für politische Reden geeignet sein, beim Lesen aber erscheinen sie phrasenhaft und widersprüchlich.

Störend ist auch die krampfhaft Personalisierung des Textes und die umständliche Benennung von Personen- oder Zielgruppen durch „Feminisierungen“ (Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Bürgerinnen und Bürger, Konsumentinnen und Konsumenten, Ausländerinnen und Ausländer usw.). In den meisten Fällen würde „Menschen“ oder auch „Bevölkerung“ ausreichen. (Warum vermeidet die Volkspartei SPD eigentlich den Begriff „Volk“?) Im Übrigen bedarf es in einem sozialdemokratischen Programm nicht der ständigen Hinweise, dass es sich dabei um „sozialdemokratische“ Politikvorstellungen handelt. Erhard Eppler meint, der Entwurf sei „zu harmlos“, auch sei „die Sprache weithin noch nicht die eines Programms“. (Spiegel Online, 19.01.07). Straffung, Präzisierung und Zuspitzung des Textes sind also dringend geboten.

□ Grundwerte und Ziele des demokratischen Sozialismus

» Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Maßstäbe für die Politik der deutschen Sozialdemokratie. Sie sind die Fundamente, auf denen sich sozialdemokratische Politik seit dem 19. Jahrhundert gründet. In einem Grundsatzprogramm sollte schon deutlich werden, wie sich die SPD im Kampf um die Menschenrechte in der Tradition der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung seit 1863 entwickelt hat und über das „Godesberger Grundsatzprogramm“ 1959 zu einem neuen Selbstverständnis der SPD als einer „Werte- und Volkspartei“ gelangt ist. Dieses Selbstverständnis sollte auch in dem neuen Grundsatzprogramm knapp und präzise zum Ausdruck kommen. Eine Mitgliederpartei braucht programmatische Kontinuität, die nicht „verschwafelt“, sondern als „Alleinstellungsmerkmal“ herausgestellt werden sollte. Im Godesberger Programm (1959) reichten für die „Grundwerte des Sozialismus“ ganze 27 Zeilen. Das Berliner Programm (1989) benötigte für die „Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“ schon 45. Und nun beansprucht der Bremer Entwurf für die „Grundwerte der Sozialen Demokratie“ sogar 61 Zeilen. Erhard Eppler hat empfohlen, die Interpretation der Godes-



berger Grundwerte, wie sie im Berliner Programm steht, als Zitat in das neue Programm zu übernehmen. (Vorwärts 11/2006). Dem Vorschlag sollte gefolgt werden, denn mit der Methode des Zitierens lässt sich programmatische Kontinuität veranschaulichen.

Durch den ganzen Entwurf zieht sich ein neues „sozialdemokratisches Unbehagen“ am „demokratischen Sozialismus“. Dieser Begriff wird gut versteckt, um schließlich hinter der neuen programmatischen Wortschöpfung „soziale Demokratie“ zu verschwinden. Selbst der Begriff „Sozialdemokratie“ scheint der Programmkommission suspekt geworden zu sein. Oskar Negt spricht in diesem Zusammenhang von „Realitätspathos“, mit dem die „Entzauberung der Sprach- und Symbolwelt der SPD“ betrieben werde, das eigentlich „in eine ganz andere Richtung gehen müsste, wenn Realismuskünder geschlossen werden sollen. So stünde eine neue Kapitalismuskritik auf der Tagesordnung einer Partei, die einen auf größere Realitätstauglichkeit zielenden Strategiewandel beabsichtigt.“ (Vorwärts 11/2006). Doch selbst das Denken und Diskutieren einer solchen Alternative schließt der Entwurf schon von vornherein aus.

□ Solidarische „Bürgergesellschaft“ und demokratischer Staat

» Stattdessen wird eine „Solidarische Bürgergesellschaft“ kreiert. Es scheint so, als wolle die SPD sich damit beim „Bürgertum“ anbieten, um auch den „bürgerlichen Parteien“ zugerechnet zu werden. Tatsächlich brauchen die Mitglieder der SPD und die Menschen im Lande keine neue Bürgerlichkeit, sondern endlich wieder eine Orientierung und eine Perspektive, wie die Gefährdungen der Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung durch das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft politisch vermieden werden können. Doch welche Art Bürger ist eigentlich gemeint? Der Citoyen, der Staatsbürger, oder der Bourgeois, der Besitzbürger, der als Unternehmer und Manager auch über die Arbeitskräfte verfügt? Globalisierung und Marktradikalismus

haben zu einer Wiederbelebung der Bourgeoisie früherer Jahrhundert geführt, um sie mit dem Schlachtruf „Bürger auf die Barrikaden“ (Arnulf Baring) zunächst gegen die rotgrüne Bundesregierung und dann gegen den „Moloch Staat“ überhaupt in Stellung zu bringen. Wenn nun diese „Bürgergesellschaft“, verschlimmbessert durch das Attribut „solidarisch“, von der SPD programmatisch zur Entfaltung gebracht werden soll, ist Widerspruch dringend erforderlich. Sie umfasst – ob mit oder ohne Attribut – ohnehin nur eine begrenzte und damit auch andere ausgrenzende Gruppe von Menschen, die Hubertus Heil inzwischen als „solidarische Mitte“ (spw 152) ausgemacht hat. Die „Unterschicht“ würde dann bestenfalls noch als „Solidaritätsempfänger“, aber nicht als „Teilhaber“ zur Gesellschaft dazugehören. Wenn soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden soll, dann muss Solidarität ein imperativer Wert für alle Menschen der Gesellschaft – und nicht nur einer „Bürgergesellschaft“ – sein. „Bürgergesellschaft“ sollte durch „Zivilgesellschaft“ ersetzt und komplementär zum demokratischen Staat verortet werden. Damit könnte dann auch eine Klärung des sozialdemokratischen Selbstverständnisses als Mitglieder- und Volkspartei zur Doppelfunktion in der Zivilgesellschaft (Mitwirkung an der politischen Meinungs- und Willensbildung) einerseits und im demokratischen Staat (Mitwirkung in Legislative und Exekutive) andererseits erfolgen.

Erhard Eppler hat das Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Markt in seinem Buch „Auslaufmodell Staat?“ kritisch analysiert und ihre jeweiligen Funktionen für das Gemeinwesen beschrieben. „Zivilgesellschaft ist das ursprünglichste Instrument, dessen sich Menschen bedienen, damit sie so leben können, wie sie es wollen.“ Und er weist ausdrücklich auf die Dualität von Staat und Zivilgesellschaft als „Orte von Politik“ hin, die „Bedürfnisse befriedigen, die sich am Markt nicht decken lassen.“ Deshalb „bedarf auch der bestorganisierte Staat der Zivilgesellschaft, wenn er den Werten europäischer Demokratie verpflichtet bleiben will. Wir brauchen eine Allianz zwischen dem „transnationalen“ Staat und einer international vernetzten Zivilgesellschaft. Diese Dualität gilt natürlich in

besonderem Maße für Städte und Gemeinden. Eine „aktivierende Gemeinwesenpolitik“ als Gestaltungsaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung mit den zivilgesellschaftlichen Potenzialen setzt allerdings voraus, dass die dafür erforderlichen mit Kompetenzen und Ressourcen bereitgestellt werden. Das könnte übrigens auch den Ortsvereinen wieder Chancen eröffnen, sich zivilgesellschaftlich mit anderen Initiativen und Gruppen, Vereinen und Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen zu engagieren.

Die Linke in der SPD ist inhaltlich für den Programmparteitag in Hamburg gut vorbereitet. Sie entwickelt und diskutiert schon seit einiger Zeit zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ konkrete politische Positionen für vier Handlungsfelder: 1. Moderne Arbeits- und Lebensweise, 2. Öffentliche Güter – Politische Ökonomie, 3. Sozialstaat – soziale Dienstleistungen und 4. Umbau – Innovation und Investition. „Linke Programmbausteine“ sind gerade noch rechtzeitig veröffentlicht worden, um in die Programmdiskussion der Partei einzufließen. Die Linke in der SPD lässt keinen Zweifel daran, dass Nachhaltigkeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für sie tragende Reformprinzipien sind. Dafür ist die die kreative Produktivität der zivilgesellschaftlichen Potenziale allerdings unverzichtbar – in der Welt, in Europa, im Bund, in den Ländern und vor Ort. Die sozialdemokratische Linke sollte darauf hinwirken, dass sich die Partei zivilgesellschaftlich orientiert, um verloren gegangenes politisches Vertrauen zurückzugewinnen. ■

☞ H. Peter Rose, war bis 2000 Beigeordneter für Jugend, Kultur, Bildung und Soziales in Gelsenkirchen.



Luciano Canfora Eine kurze Geschichte der Demokratie

PapyRossa

Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähnen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

Politische Steuerung verbessern | von Harald Lührmann

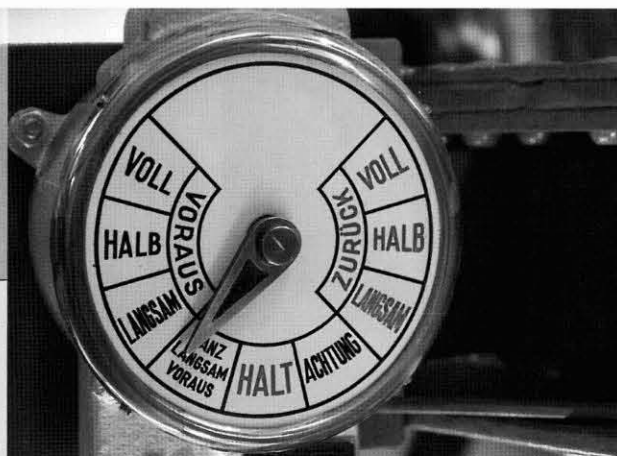


Foto: www.fotolia.de, © Lars Traben

□ I. Politische Steuerung als Kernproblem

Ein Kernproblem unserer Zeit ist die mangelnde Motivation und Fähigkeit, unser Schicksal bewusst selbst zu bestimmen. Einige bestreiten, ob ein solches Steuern überhaupt sein soll. Dies Lager ist sehr heterogen:

- religiöse Fundamentalisten, für die eine höhere Macht alles steuert,
- Marktradikale, für die der (menschengemachte) Marktmechanismus alles regelt,
- Naturmaterialisten, für die „die biologische Evolution“ alles festlegt,
- Linksmaterialisten, für die die „Weltgesetze des Kapitals“ den Lauf bestimmen,
- Pessimisten, für die ein selbstbewusstes kollektives Gestalten gar nicht funktionieren kann
- und sicher noch einige mehr.

Die SPD ist in ihrem „Bremer Entwurf“ für ein Grundsatzprogramm deutlich anderer Meinung. Sie will zum selbstbestimmten (individuellen und kollektiven) Gestalten unserer Welt und unseres

Schicksals beitragen. Das ist gut und richtig. Aber über das Problem der Fähigkeit diese Selbstbestimmung auch umzusetzen, wird nicht viel gesagt. Relevant sind hier insbesondere zwei eng miteinander zusammenhängende Aspekte:

- Wie steuern wir unser Wirtschaften?
Mit welchem ordnungspolitischen Rahmen und mit welchen institutionellen (i. w. S.) Vorkehrungen steuern wir „was“ wir „wie erarbeiten“ und wie wir das Erarbeitete „verteilen“?
- Wie steuern wir unsere Politik?
Wie stellen wir sicher, dass einerseits alle Menschen die fundamentalen Richtungsentscheidungen treffen können und wollen und dass andererseits die Institutionen vom Parlament, über die Bürokratie bis hin zu öffentlichen Unternehmen auch in einer komplexeren Welt instrumental bleiben?

Die Antwort darauf ist die Verbesserung der politischen Steuerung. Für die Wirtschaft ist das Instrument dazu der ordnungspolitische Rahmen einer (sozial und ökologisch) nachhaltigen Marktwirtschaft. Für die Politik ist das Instrument dazu die bewusste Weiterentwicklung des bisherigen Steuerungsprozesses zu einem politischen Controlling. Diese Aspekte sind im Bremer Programmentwurf nur unzureichend angesprochen. Im Folgenden wird auf die Ordnungspolitik und die daraus folgende Modernisierungsnotwendigkeiten nur insoweit eingegangen als der Prozess der politischen Steuerung betroffen ist.

□ II. „Systemfrage“ klarer heraus arbeiten

Das Programm hat die Aufgabe, klare Orientierung zu geben. Man sollte deshalb den Informationsgehalt der Begriffe dadurch erhöhen, dass nicht nur positiv gesagt wird, was gemeint ist, sondern auch deutlich ausgeschlossen wird, was nicht gemeint ist. Dies ist vorbildlich z.B.

im 3. Kapitel des GP („Soziale Demokratie im 21. Jhdt.“) geschehen. Dort wird mehrfach mit „entweder – oder“ die Alternative deutlich gemacht und unser Weg von dem der Konservativen, Markt-radikalen und Populisten abgegrenzt. Das ist sehr gut. Dort wird dann auch „Die Politik der neuen Wertschöpfung“ als eine unserer vier großen Aufgaben angefügt. Auch diese konzeptionelle Verdichtung auf vier Aufgaben ist sehr gut. Leider wird diese positive Grundlegung dann im Kapitel 4.5. nicht überall fortgeführt. Insbesondere der Unterabschnitt „Wir erneuern die soziale Marktwirtschaft“ ist beliebig, unklar und unscharf. Er gibt keine Orientierung. Das muss unbedingt behoben werden. Dabei gibt es auch in diesem Handlungsfeld Wirtschaftspolitik eine Reihe von guten Beispielen.

Für eine klare Orientierung dürfen einzelne Aussagen nicht beliebig herum stehen, sondern müssen in einen konzeptionellen Zusammenhang eingebunden sein. Der ist mit der „sozialen Marktwirtschaft“ zwar angedeutet, bleibt aber im Umriss vage. Diese Mängel werden deutlich, wenn man versucht folgende Fragen aus diesem Teil des Textes heraus zu beantworten.

- Was unterscheidet unsere Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft denn von der „neuen sozialen Marktwirtschaft“ der anderen?
- In welchen Punkten wollen wir dem strategisch gelenkten und gut finanzierten publizistischen Dauertrommeln der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihrer Freunde denn entgegenreten und in welchen Punkten wissen wir uns mit ihnen einig, falls das zutrifft?
- Wie wollen wir entgegenreten? Mit welchen Argumenten? Mit welchen Bündnispartnern? Zumal diese Freunde der falschen – nämlich der neuen – sozialen Marktwirtschaft ja teilweise bis in unsere eigenen Reihen hinein reichen.

Im Grundsatzprogramm muss umfassend klar werden, welche Art von Marktwirtschaft wir wollen – bei uns, in Europa und für die globale Gesellschaft. Es gibt eben doch mehrere Formen der Wirtschaften in der Gesellschaft zu organisieren.

Das setzt wiederum voraus, dass man deutlich macht, dass es überhaupt Alternativen gibt. Und diese Alternativen haben sehr viel damit zu tun, welche Institutionen, d.h. Spielregeln und Einrichtungen es gibt. Hier reden wir von ordnungspolitischen Konzepten, um nicht den alten, aber leider missverständlichen Begriff der Systemfrage zu bemühen. Dazu gibt es heute bereits Debatten unter den Stichworten „Varieties of Capitalism“ in der Wissenschaft, EWSM (Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell) im EU-Umfeld und in der Entwicklungszusammenarbeit unter dem Stichwort „Good Governance“. Die SPD sollte sich hier klar positionieren.

□ Sechs Kriterien für politische Steuerung

➤ Aus meiner Sicht sollte man anhand von sechs Kriterien einen Unterschied machen:

- 1. Ganzheitliche Orientierung an nachhaltiger (individueller und gemeinschaftlicher) Lebensqualität und kein Ökonomismus.

Die Ökonomie arbeitet mit dem Gewinn als „synthetischem Indikator“. Im Ökonomismus reduziert sich tendenziell die gesamte Bedeutung eines Unternehmens auf diesen einen Indikator. In ihn gehen Kosten, Preise, Erlöse, Mengen, Produktivitäten usw. auf. Diese Vereinfachung (= Reduktion von Komplexität) ist sehr erfolgreich wie der politische Alltag zeigt. Eine ähnliche Verdichtung kennen wir ganz populär z.B. bei den Produkttests der Stiftung Warentest. Komplizierte technische Untersuchungen und mehr oder weniger subjektive Einschätzungen werden einzeln mit Indikatoren erhoben und zu einem Indikator (Schulnote) verdichtet.

Hier geht es um weit über das Wirtschaftssystem hinausgehende fundamentale Unterschiede in Lebens- und Handlungsweisen. Wer Entscheidungen und Ergebnisse an mehr als nur dem Gewinn beurteilen will, der muss den Gewinn als Indikator auch in ein umfassenderes Indikatoren-



system einordnen und das Gesamtergebnis genauso einfach und systemisch synthetisieren.

□ 2. **Institutionelle Berücksichtigung der sozialen Anpassungsmöglichkeiten bei Änderungsprozessen wie Branchenstrukturwandel, Betriebschließungen usw. anstatt deren Ausblendung bei Entscheidungen**

□ 3. **Starke öffentliche Wirtschaft und Genossenschaften anstatt eines Zwangs zur Privatisierung:**

Dies ist der zweite Punkt, in dem die politische Steuerung in „Der Systemfrage“ verankert ist. Auf allen Ebenen von den Kommunen über den Bund bis hin zu Europa ist dies Thema öffentliche Wirtschaft höchst aktuell. Deutsche Bahn, Stadtwerke, Sparkassen, öffentliche Wohnungsbaunternehmen sind nur einige Stichworte für die Aktualität. Diese Themen werden noch auf Jahre hinaus aktuell und relevant bleiben.

Trotzdem hält sich der Bremer Programm-Entwurf hier stark zurück. Hier muss stärker und konzeptioneller formuliert werden. Nicht nur im Finanzsektor stellen die öffentlichen neben den Privatunternehmen einen großen Teil unseres Wirtschaftssystems. Z.B. wären die bisherigen Erfolge bei der Energiewende ohne viele Stadtwerke gar nicht erzielt worden. Dies ist zu erhalten. Modernisiert werden muss allerdings die Effektivität und Effizienz mit der diese öffentlichen Unternehmen gesteuert werden. Hier ist noch viel zu tun um ein Controlling sicherzustellen, das auch qualitativen Aspekten Rechnung trägt. Von den Instrumenten zum Nachhalten von Corporate Social Responsibility kann man hier auch im öffentlichen Bereich viel lernen.

Dieser ganze Komplex gehört im GP ausdrücklich angesprochen. Er ist mindestens so wichtig wie Industriepolitik.

Die weiteren drei Kriterien zum Unterscheiden von Marktwirtschaften seien hier nur aufgezählt:

□ 4. **Mitbestimmung und Tarifautonomie gehört als viertes zu dem Wirtschaftssystem, das wir wollen. Unternehmen sind keine Veranstaltungen des Kapitals allein.**

□ 5. **Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherung.**

□ 6. **Schließlich brauchen wir sechstens gerade für die Wirtschaft wir einen starken Staat, der**

■ 6.1. im Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz einen Rahmen setzt,

■ 6.2. aktive Konjunktur- und Strukturpolitik betreibt, die mehr ist als Standortpolitik,

■ 6.3. für spezifische Aspekte/Bereiche Preise beeinflusst (Ökosteuern, administrierte Energie- und Kommunikationsleitungspreise bei Monopolen, Preise für Nutzung der Verkehrsinfrastruktur usw.) und der

■ 6.4. auch den Außenhandel instrumental für die Sicherung einer hohen Qualität bei den Produkt- und Arbeitsstandards einsetzt.

Im Bremer Entwurf des GP ist dieser starke Staat bereits sehr deutlich angelegt. Wir müssen uns allerdings noch um die Vollständigkeit und Gewichtung Gedanken machen. Dies erscheint teilweise noch lückenhaft und schief. Es ist notwendig, diesen ganzheitlichen konzeptionellen Zusammenhang im GP auch ausdrücklich an einer geeigneten Stelle zu formulieren, damit der Stellenwert vieler Einzelaussagen klar wird.

□ III. Die „richtige“ Modernisierung anstreben

» Mit dem Eintreten für diese spezifische Art der Marktwirtschaft verteidigen wir zum einen bewährte Traditionen in Deutschland gegen falsche Modernisierer. Aber wir wollen nicht nur erhalten. Im Gegensatz zu manchem Linkspoliten wollen wir auch modernisieren. Es geht also nicht um Erhalten gegen Modernisieren. Es

geht darum, im Grundsatzprogramm noch deutlicher zu sagen, was genau erhalten und was wie modernisiert werden soll.

□ **Tatsächlich modernisiert werden müssen vor allem folgende vier Aspekte:**

- (a) „Das Staatshandeln“ selbst in Richtung von mehr Dezentralisierung mit stärkeren Kommunen und mit einem reibungsloserem Föderalismus und einer effektiveren und effizienteren Ausrichtung an multidimensionalen Zielen; politische Steuerung oder politisches Controlling sind mangelhaft. Hier setzt die Entwicklung indikatorenbasierter Berichtssysteme an.
- (b) Die Innovationsfähigkeit innerhalb des Wirtschaftssystems durch Stärkung der Stellung und der Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, den Ausbau von Forschung in Anwendung und Grundlagenforschung und schließlich das Heben des Qualifikationsniveaus der gesamten Bevölkerung (mehr und bessere Bildung).

Der dringendste Innovationsbedarf besteht wiederum nicht in real-technischen Aufgaben sondern in sozial-technischen Herausforderungen. Die demokratische Steuerungsfähigkeit bleibt hinter der Entwicklung der Welt gefährlich weit zurück und verliert mit jedem „Fortschritt“ in „der Wirtschaft“ weiter.

- (c) die Umstrukturierung des Steuer- und Abgabensystems zugunsten der Arbeitseinkommen,
- (d) die Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik in Richtung auf Arbeitszeitverkürzung und mehr individueller Zeitsouveränität der Arbeitnehmer.

Nur die mittleren zwei Punkte (Innovationsfähigkeit und Umstrukturierung Steuer- und Abgabensystem) sind bisher ausreichend angesprochen. Das ist gefährlich. Denn üblicherweise wird bei Modernisierung nämlich nicht an die genannten vier Punkte gedacht, sondern Modernisierung wird mit Abbau von Staatstätigkeit und mit Deregulierung gleichgesetzt. Letzteres ist für uns aber kein

Ziel, weil sich hinter der Formulierung meistens ein Abbau von Schutzrechten und eine materielle Privatisierung zum Durchsetzen der reinen Profitlogik versteckt.

□ **IV. Mehr Relevanz durch Fortschrittsberichte (= Politisches Controlling)**

Es ist deutlich geworden: Modernisiert werden muss vor allem der Prozess der politischen Steuerung. Dies betrifft auch die Art wie wir in der SPD arbeiten – es ist ein neuer Stil der Politik bzw. der politischen Steuerung, der sowohl im Programm als auch im Alltag überfällig ist. Wir machen noch so Politik wie es dem gemächlichen Ablauf mit persönlichen Treffen von Honoratioren und Engagierten entspricht. Wir als SPD sind da nicht alleine. Der Vorwurf trifft die anderen Parteien genauso. Aber gerade darum, müssen wir hier vorangehen. Dies trifft unser politisches Handeln auf allen Ebenen. Und es beginnt bei unserem Grundsatzprogramm.

Wir brauchen stattdessen ein „politisches Controlling“, also regelmäßige Fortschrittsberichte anhand von konkreten Indikatoren. Es geht um den gesamten Regelkreis von Zielsetzung über das Einschätzen und Berichten des Erfolgs von einzelnen Maßnahmen, daraus resultierende weitere Steuerungsentscheidungen bis hin zur Revision der Ziele, falls notwendig. Hierzu ist ein Set von Indikatoren zu entwickeln, anhand derer gemessen werden kann, ob man den gewünschten Ergebnissen näher gekommen ist.

Die Vereinten Nationen machen es uns mit den Millennium-Zielen vor: Für die Entwicklung der Menschheit hat sich dort die Weltgemeinschaft 18 Ziele gegeben, über deren Annäherung regelmäßig anhand von 48 konkreten Indikatoren berichtet wird.

In Hessen-Süd haben wir folgenden Vorschlag erarbeitet: Regelmäßig (z.B. alle zwei Jahre) soll über die Entwicklung der Welt im Verhältnis zum Programm und über den Grad der Zielerreichung

berichtet werden. Dies soll in erster Linie ein Bericht mit Hilfe eines Sets von Indikatoren sein. Das Festlegen und vor allem die Gewichtung der Indikatoren sind hochpolitische Entscheidungen. Sie sollen zwar operativ in einer internen Arbeitsgruppe vorbereitet werden, aber dann in dafür geeigneten Gremien beschlossen werden. Nach den Berichten ist in geeigneter Weise über die Anpassung entweder der Maßnahmen der Tagespolitik oder über die Revision der Ziele zu entscheiden. Auch das Indikatorensystem ist mit den gemachten Erfahrungen dynamisch weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig wird die SPD auch in den Kommunen, Ländern, im Bund und in den supranationalen Organisationen auf eine entsprechende Verbesserung der politischen Steuerung drängen. Dies gilt insbesondere auch für die öffentlichen Unternehmen.

Es sind also zwei Dinge, die zusammenkommen müssen: Berichte und Indikatoren. Relevant sind die beiden selbstverständlich nur, wenn auch Konsequenzen daraus folgen. Dies hat viele Vorteile. Einen will ich hier ganz besonders hervorheben: Durch eine politische Steuerung mit Indikatoren und darauf bezogenen Zielen und Berichten wird die Verständigung mit Gleichgesinnten in anderen Ländern leichter. Ein gemeinsames Programm der europäischen sozialistischen Partei, das auch bei allen Mitgliedern verankert ist, ist dringend notwendig. Ich kann es mir aber nur sinnvoll vorstellen, wenn es auch Indikatoren hat und in der Alltagspolitik eine Rolle spielt. ■

☞ Dr. Harald Lührmann, arbeitet als Unternehmens- und Politikberater, er leitet die Grundsatzprogrammkommission des SPD-Bezirks Hessen-Süd.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

NEU

Martin Beckmann
Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie



2007 - 244 S. - € 24,90
ISBN 978-3-89691-655-6

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung



Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft
2007 - 600 S. - € 29,90
ISBN 978-3-929586-75-6

Jetzt in 7. Auflage

Worldwatch Institute (Hrsg.)
Zur Lage der Welt 2007



Der Planet der Städte
2007 - 326 S. - € 19,90
ISBN 978-3-89691-653-2

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.)
Jahrbuch 2007



Menschenrechte und Völkerrecht
2007 - 257 S. - € 19,90
ISBN 978-3-89691-654-9



Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: - 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de/ www.dampfbootverlag.de



Foto: www.fotolia.de, © fux

Die Transformation von Staatlichkeit

von Thilo Scholle

„Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenwachsen der Welt bringt das politische System der Nationalstaaten unter erheblichen Veränderungsdruck. Zentrale Entwicklungen lassen sich nur noch mit gemeinsamen Entscheidungen vieler Staaten beeinflussen. Europa ist auf diesem Weg weit fortgeschritten.“ Viel ist es wirklich nicht, was der „Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD“ analytisch zum Thema Staat zu sagen hat. Der gerade zitierte Satz findet sich im einleitenden Kapitel „Die Zeit, in der wir Leben“, zu größeren Präzisierungen von Staatsbegriff und angestrebten Staatsfunktionen kommt es im weiteren Verlauf des Programms nicht. Im weiteren Text finden sich allenfalls noch Allgemeinplätze wie die Anerkennung dass „ein leistungsfähiger, transparenter und bürgerfreundlicher Staat gerade in einer Welt, in der starke Einzelinteressen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben versuchen, unverzichtbar (bleibt)“. Auch das Bekenntnis das „der demokratische und soziale Bundesstaat zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland (gehört)“, und „der Sozialstaat eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts (ist)“ zeugt nicht von großer analytischer Schärfe.

Diese Fehlstelle ist umso problematischer, als das Thema Staat und Staatlichkeit eigentlich für die Gestaltung und Umsetzung fortschrittlicher Politik von enormer Bedeutung ist. Schließlich fußen die Umsetzungspläne für gesellschaftliche Veränderungen gerade auch politischen Linien nach wie vor sehr stark auf der Nutzung staatlicher Strukturen. Die Frage, was Staatlichkeit eigentlich

ist, welchen Veränderungen diese aktuell unterliegt, und welche Faktoren in den Blick genommen werden müssen, um zu einer klaren Beschreibung zu kommen, muss daher auch und gerade in einem Grundsatzprogramm Platz finden. Die fehlende Auseinandersetzung mit dem Thema Staatlichkeit ist umso bedauerlicher, als die Debatte über die Veränderung von Staatlichkeit in der wissenschaftlichen Diskussion mittlerweile wieder an Fahrt gewonnen hat. Ein kleiner Blick in die in den letzten Jahren erschienene Literatur hätte der Programmdenbatte also gut getan.

Die Autoren bzw. die Herausgeber der im folgenden vorgestellten Bücher gehen dabei von unterschiedlichen theoretischen Standpunkten aus. Einig ist den Büchern, das zumindest der Anspruch besteht, tatsächliche Funktionen und Veränderungen von Staatlichkeit zu beschreiben, und eben nicht bei der simplen Beschwörung dessen, was „Staat“ eigentlich sein sollte oder tun müsste stehen zu bleiben. In den Blick nehmen die Bücher dabei vor allem den internationalen Kontext.

□ Transformation des Staates?

Die Politikwissenschaftler Stephan Leibfried und Michael Zürn haben das Buch „Transformation des Staates?“ herausgegeben. Die dort versammelten Beiträge stammen aus dem Umfeld des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Uni Bremen, und sollen den dortigen Diskussionsstand wieder geben. Ausgangsthese des Buches ist, dass sich die Staatskon-

stellation des „Goldenen Zeitalters“ zwar nicht auflöst, aber doch zumindest zerfasert. Als die zwei zentralen Bedingungen moderner Staatlichkeit werden die „Kongruenz des gesellschaftlichen und politischen Raums“ sowie die „Beherrschbarkeit gesellschaftlicher Interaktion und ihrer paternalistischen Kontrolle durch den Staat“ benannt. Paradigmatisch für das bisher zumindest im Westen bestehende Staatsmodell ist demnach der „Demokratische Rechts- und Interventionsstaat“. Demnach internationalisiere sich Rechtsstaatlichkeit zwar, der Nationalstaat behalte aber weitgehend die Kontrolle über seine Ressourcen, über die Steuern und das Gewaltmonopol. Allerdings seien die Handlungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Zudem verharre die Legitimation des Staates weiterhin weitgehend auf nationaler Ebene, während einige Legitimationsgrundlagen schleichen in eine „post-nationale Konstellation“ hinüberwechselten. Die „rechtsstaatlich-demokratische Idee rechtsvermittelter Legitimität“ sei daher schwierig auf internationaler Ebene zu reformulieren. Die Beiträge des Buches widmen sich dann im einzelnen Entwicklungstendenzen bei staatlichem Gewaltmonopol, Steuerstaat, Rechtsstaatlichkeit, Handel, sowie internationaler Öffentlichkeit. Abschließend finden sich Beiträge zum Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit in kleinen offenen Volkswirtschaften (beispielsweise Dänemark) sowie zu Staat und Gesundheitssystem.

Klar ist nach Lektüre des Buches zumindest, dass eine Diskussion über die schlichte Erosion „des“ Staates nicht weiterführend ist, sondern auch in den Blick zu nehmen ist, welche Regulierungsformen sich auf internationaler Ebene herausbilden. Ungeklärt bleibt allerdings weitgehend die Frage, welche Triebkräfte denn den Veränderungen zu Grunde liegen, und welche Ansatzpunkte für eine positive gesellschaftliche Regulierung auf globaler Ebene tatsächlich bestehen könnten.

□ Regime-Kollisionen

» Einen anderen Zugriff wählen die beiden Frankfurter Rechtswissenschaftler Gunther Teubner und Andreas Fischer-Lescano in ihrem gemeinsam verfassten Buch „Regime-Kollisionen“. Im Mittelpunkt steht hier eine an der Systemtheorie orientierte Analyse der Entwicklung von Rechts-Regimen auf internationaler Ebene. Staat und Staatlichkeit kommen vor, allerdings nicht als entscheidender Faktor der Betrachtung. Ansatzpunkt der Betrachtung sind die unterschiedlichen Rechtssysteme auf internationaler Ebene und deren Zusammenspiel bzw. Kollisionen. Als Beispiele für mögliche Kollisionen wird u.a. der mögliche Konflikt zwischen Patentschutz für Medikamente und gesundheitspolitischen Zielen angeführt. Die offene Frage sei daher, ob die herkömmlichen nationalstaatlich geprägten Denkformen, mit Rechtskollisionen umzugehen – also die Etablierung von Gerichtshierarchien und einer Stufenordnung von Rechtsformen auf der Weltenebene – tatsächlich zu einer Lösung dieser Konflikte beitragen könnten. In der Folge dessen könnten sich dann auch jeweils bereichsspezifische Subordinationssysteme herausbilden. Eine solche Lösung berge allerdings zugleich die Gefahr gerade diese völkerrechtliche Fragmentierung zu Institutionalisierung und eben nicht zu überwinden. Im Buch heißt es daher wörtlich: „Der Anschein, die post-westfälische Weltgesellschaft hätte ein Machtzentrum, (...) trägt. Kein politischer Prozess kann einen rechtlichen Output im Weltrecht determinieren.“ Ziel müsse daher eher sein, die Rechtsnormenkollisionen zu politisieren. Der globale Rechtspluralismus sei nicht einfach Folge eines politischen Pluralismus, sondern Ausdruck tiefer liegender gesellschaftlicher Widersprüche, die von miteinander kollidierenden Sektoren der Weltgesellschaft produziert würden. Diese Konflikte lassen sich nach Ansicht der Autoren allerdings nicht auf soziale Konflikte reduzieren. Vielmehr seien hier Widersprüche zwischen gesellschaftsweit institutionalisierten Rationalitäten am Werke, die das Recht mit Sicherheit nicht lösen könne, die ihm aber einen neuartigen Umgang mit seinen Normkollisionen abverlangen könne. Ziel müsse daher insgesamt

sein, die unterschiedlichen „Rechtsarenen“ mit einander kompatibel und durchlässig zu halten.

Das Buch bietet einen guten Überblick über die verschiedenen bereits existierenden Regulierungssysteme auf internationaler Ebene, und zeigt auf, an welchen Stellen es hier zu Konflikten kommen kann. Gesellschaftliche und ökonomische Triebkräfte werden allerdings auch hier kaum in den Blick genommen. Überzeugend ist die These, dass eine politische Regulierung dieser Situation nicht über eine schlichte Hierarchisierung der einzelnen Regelungssysteme erfolgen kann. Setzt man die Herstellung von Durchlässigkeit zwischen den einzelnen „Rechtsarenen“ tatsächlich als Ziel, so blieben diese dann zumindest für gesellschaftliche und politische Einflüsse offen. Damit ist diese Beschreibung von Rechtssystemen auch anschlussfähig an Betrachtungen, die vor allem die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den Blick nehmen.

□ Materialistische Staatstheorie

Fast schon Lehrbuchcharakter besitzt das Werk „Materialistische Staatstheorie“ von Joachim Hirsch. Der Frankfurter Professor, seit Jahrzehnten in der marxistisch-orientierten Staatstheoriediskussion präsent, versucht mit dem Buch den Grundriss einer materialistischen Staatstheorie zu geben. In diesem Sinne versteht Hirsch Staatstheorie als die Beschreibung der politischen Form der kapitalistischen Gesellschaft. Auf Basis u.a. der Regulationsschule werden die Transformationsprozesse von Gesellschaft und Staat nachgezeichnet. Breiten Raum nimmt die Entwicklung hin zum „Postfordismus“ und zu einer „post-fordistischen Weltordnung“ ein.

Der Staat sei eben nicht schlicht die Verkörperung des Gemeinwohls, sondern ein grundlegend widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis. In erster Linie ist Staat damit Ausdruck einer bestimmten sozialen Form, in der Betrachtung von Hirsch vor allem die Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. Für die Betrachtung des Staates ent-

scheidend ist damit ein Blick auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ seien demnach zudem keine einfachen Gegensätze, sondern bildeten eine sich widersprüchlich bedingende Einheit. Staatenkonkurrenz sei zudem eine der Grundbedingungen der Existenz und der Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse. Die politische Aufspaltung des globalen Kapitalismus in ein System konkurrierender Einzelstaaten und die damit verbundenen ungleichen



Foto: www.fotolia.de, © Russ Pearce

ökonomischen Entwicklungen seien die Basis internationaler Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse. Eine Beseitigung dieses Systems würde grundlegende Mechanismen der Ausbalancierung von Antagonismen und Konflikten sowohl innerhalb als auch zwischen den Klassen verschwinden lassen, weil die notwendige „nationale“ Klassenspaltung entfallen würde. Allerdings trüge die „im Zuge der neoliberalen Restrukturierung durchgesetzten Privatisierungsprozesse“ gewachsene Relevanz privater Akteure wie multinationaler Unternehmen oder von Nichtregierungsorganisationen dazu, dass der Prozess der „Besonderung“ des Staates und die Herstellung seiner relativen Autonomie komplizierter und tendenziell auch prekär wird. Die von Staaten unabhängige Rechtserzeugung beispielsweise im Eigentumsbereich habe zugenommen, die Rechtsdurchsetzung sei allerdings weiterhin problematisch. Das staatliche Gewaltmonopol

bleibe zwar bestehen, differenziere sich aber auch und werde modifiziert. Erschwerend für das Kapital komme allerdings hinzu, dass die staatliche Apparatur auf räumlicher und funktioneller Ebene mittlerweile stark zergliedert sei. Zusammengefasst geht es um die Transformation zum „internationalisierten Wettbewerbsstaat“, kooperative soziale Kompromisse auf einzelstaatlicher Ebene würden schwieriger, während auf internationaler Ebene jede Voraussetzung für solche Kompromisse fehlen würde.

Das Buch bietet damit zunächst eine prägnante Darstellung der Entwicklung und Veränderung von Staatlichkeit v.a. in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus stellt Hirsch die Beschreibung von Staatlichkeit und den dazu relevanten Entwicklungsprozessen konsequent in den

Kontext der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Dem zu schreibenden SPD-Grundsatzprogramm würde es gut tun, Staat und Staatsfunktionen tatsächlich einmal vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu betrachten, und von diesem Ausgangspunkt aus auch die Veränderung von Staatlichkeit im internationalen Kontext in den Blick zu nehmen. ■

⇒ Thilo Scholle, ist Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW und lebt in Lünen.

Literatur

- Joachim Hirsch, Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005
- Andreas Fischer-Lescano/ Gunther Teubner, Regime-Kollisionen. Zur Fragmentierung des globalen Rechts, Frankfurt/ Main 2006
- Stephan Leibfried/ Michael Zürn (Hrsg.), Transformation des Staates?, Frankfurt/ Main 2006

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieanteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Rollenspiele
 Kennenlernspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppenaufstellungsspiele
 Spiele zur Gruppenarbeit
 Interkulturelle Spiele



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



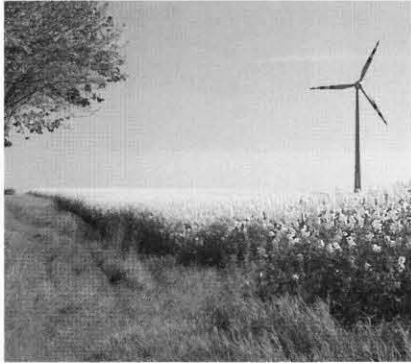


Foto: www.fotolia.de, © Maros Markovic

Erhält die Naturfrage in der SPD eine zweite Chance?

Die Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zur Natur

von Horst Peter



Die politische Arbeiterbewegung hatte neben der sozialen Dimension immer schon auch die ökologische. Es ist nachvollziehbar, dass zunächst die soziale Dimension dominierte. Ging es doch um die Befreiung der Arbeiterklasse aus Armut und Ausbeutung durch das Kapital, um die grundlegende Verbesserung ihrer sozialen Lage. Gleichzeitig ging es auch um die Zuversicht in einer künftigen besseren Gesellschaft der Freien und Gleichen die tragende Rolle zu spielen.

Marx und Engels war dennoch von Anfang an auch die ökologische Dimension der Arbeiterbewegung gegenwärtig. Marx sah im Verhältnis des Arbeiters zur Natur die zentrale Zukunftsfrage der Menschheit. Wie der Mensch arbeitet entscheidet über die Zukunft der Erde. Arbeit ist für Marx „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ Da aber der Mensch selbst Teil der Natur ist, ist das Verhältnis seiner eigenen Natur zu der ihm äußeren Natur ein Wechselverhältnis. Beide Seiten bedingen einander. Für Marx ist deshalb Arbeit ein Naturprozess.

Im Kapitalismus wird dieser Naturprozess dem abstrakten Kapitalverwertungsprozess unterworfen. Damit ist er nicht mehr frei gestaltbar. So sind für Marx im Kapitalismus „die Springquellen des Reichtums: die Erde und der Arbeiter“ ständig von Vernichtung bedroht. So verwundert es nicht, dass Marx dem ersten Satz des Gothaer Programms der SPD von 1875 wegen seiner einseitigen Betonung

der Arbeit in einer Replik energisch widersprach. Der erste Programmsatz lautet: „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur“. Marx dagegen: „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht ja wohl der sachliche Reichtum) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“ Das Bewusstsein dieses Zusammenhangs sieht Marx in der Arbeiterklasse bedroht, da Wissenschaft und Technik zwischen die innere und die äußere Natur des Menschen getreten sind. Damit ist der Charakter der Arbeit als Stoffwechsel des Menschen mit der Natur für den Arbeiter verschleiert. Marx sieht hierin den Kern der Entfremdung: der Mensch entfremdet sich der Natur und damit sich selbst als Teil der Natur. Seine Arbeit ist entfremdete Arbeit.

Wie der Arbeiter der Ausbeutung durch den Kapitalisten und dessen Streben nach möglichst großem Profit ausgesetzt ist, unterliegt die Natur der Verfügungsgewalt des Eigentümers des Bodens und seinem Streben nach einer möglichst hohen Naturrente. So erklärt sich die Marx'sche Position von der Gefährdung beider Springquellen des Reichtums, der Erde und des Arbeiters. Im Gegensatz zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen formuliert Marx zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen keine revolutionäre Strategie, aber er formuliert einen ökologischen





Foto: Christian Kiel

Imperativ für den politischen Umgang mit der Natur von großer Zeitgemäßheit: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde; sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

» Warum greife ich auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück zur Herleitung eines politischen Prinzips, das seit der UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro (1992) als Prinzip Nachhaltigkeit Grundlage der offiziellen Politik der UNO, der EU und auch der Bundesrepublik ist?

Erstens bin ich der Auffassung, dass die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitals einen Kapitalismus kritisiert, der dem modernen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ähnlicher ist als der durch die Erfolge der Arbeiterklasse sozial abgefederte Kapitalismus der Industriestaaten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Damit sieht er die dem Kapitalismus innewohnenden Zerstörungstendenzen klarer als die meisten Ökonomen der Gegenwart. Deshalb ist die Marx'sche Kritik des Kapitalismus von größter Aktualität und hat die Chance zu einer Renaissance linker Kapitalismuskritik beizutragen.

Zweitens verbindet Marx die Naturfrage unausweichbar mit der Systemfrage: „Die kapitalistische Produktion entwickelt nur dadurch die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums zerstört, die Erde und den Arbeiter.“

Diese Kritik bildete die Basis der linksökologischen Diskussion in der Bundesrepublik und einigen westeuropäischen Ländern in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie sprang sogar als eine ökologisch begründete Systemkritik in die DDR-Opposition über. Die ökologisch begründete Kritik des sozialistischen Industrialismus in Bahros Buch „Die Alternative“ ist auch heute noch eine spannende Lektüre.

Drittens liefert Marx mit seinen Kategorien wie Arbeit als Naturprozess, Produktion als Stoffwechsel zwischen der inneren und äußeren Natur des Menschen, Entfremdung des Menschen von der Natur und sich selbst als Teil der Natur, Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen das geeignete Instrumentarium für eine Politik gegen die ökologische Krise.

» Warum tut sich gerade die Linke selbst angesichts der ökologischen Krise so schwer mit der Naturfrage? Die Antwort hat durchaus unterschiedliche Dimensionen, die aber vor allem in konkreten Konfliktkonstellationen zusammenwirken: Die zentrale Angst der Arbeiterschaft ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor dauernder Arbeitslosigkeit. Deshalb sind alle Begrenzungen der Wettbewerbsfähigkeit oder Widerstände gegen ökologisch bedenkliche Großprojekte leicht als arbeitsplatzschädlich zu diffamieren. Eng mit der Arbeitsplatzfrage ist das Wachstumsargument verknüpft. Wachstum schaffe Arbeit und Wohlstand und jede ökologische Begrenzung des Wachstums sei eben eine Gefährdung derselben. Gestützt wird dies alles durch einen fast religiösen Glauben an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Die Perfektionsidee der Technik ist verknüpft mit Heilsversprechen wie Überwindung der Armut durch stetige Produktivitätssteigerung, Überwin-



Foto: www.fotolia.de, © Daniel Guffanti

derung schwerer Krankheiten durch medizinischen Fortschritt, Sicherheit gegenüber Gefährdungen und Fesseln der Natur durch wissenschaftlichen Fortschritt. Verbraucherwünsche, Mobilitäts- und Freizeitbedürfnisse sind durch den Fortschritt unbegrenzt und relativ erschwinglich erfüllbar. Ökologische Grenzen stehen diesen Bedürfnissen oft im Wege.

» Die Ölkrise anfangs der 1970er Jahre wirkte in den Industrieländern wie ein Bewusstseinsschock. Die Warnung des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ schien durchaus realistisch. Auch die Gewerkschaften griffen die beginnende Diskussion in Kongressen über Qualitatives Wachstum und Humanisierung der Arbeitswelt auf. Es ging dabei um ein anderes Wohlstandsverständnis im Sinne einer besseren Lebensqualität. Im Kern standen Forderungen wie „besser arbeiten, besser leben, sparsamer Wirtschaften“.

Gleichzeitig begann weltweit und besonders in Deutschland die Diskussion um die Atomenergie als die Basis der Energieversorgung der Zukunft. Die im Godesberger Programm stehende Heilserwartung auf die friedliche Nutzung der Kernenergie schien die SPD an die Spitze des Fortschritts zu führen. Deshalb stieß die aus der Kritik an den Gefahren der Kernenergie schnell wachsende Anti-Atom-Bewegung zunächst auf konsequente Ablehnung bei SPD und Gewerkschaften. Erst als sichtbar wurde, dass bei den Protesten gegen neue Atomkraftwerke vor Ort auch viele vor allem junge SPD-Mitglieder mitmachten, erreichte die ökologische Diskussion auch die SPD. Nach den beinahe gleichzeitigen GAUs von Harrisburg und Tschernobyl erreichten die Atomenergiegegner auf SPD Parteitag Mehrheiten.

Gleichzeitig wurde seit dem Bericht des Club

of Rome über die Grenzen des Wachstums die Naturfrage immer stärker auch Gegenstand der internationalen Politik. 1980 wurde der Bericht „Global 2000“ durch internationale Experten dem amerikanischen Präsidenten vorgelegt mit radikalen umweltpolitischen Forderungen um für das 21. Jahrhundert die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern. Seit Anfang der 80er Jahre erschienen regelmäßig die Berichte des World Watch Institutes, „Zur Lage der Welt“. Sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen wie Willy Brandt, Olov Palme und schließlich Gro Harlem Brundtland waren die Initiatoren hochrangiger internationaler Kommissionen, die sich mit den großen weltpolitischen Herausforderungen auseinandersetzten.

Die Brundtland-Kommission formulierte schließlich das Konzept des „sustainable development“ als globale Entwicklungsstrategie: sie erfordert eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen.

Dies alles wirkte auf den Diskussionsprozess um das Berliner Programm der SPD ein. Heraus kam eine kapitalismuskritische, soziale und ökologische Orientierung für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die eine Allianz des Menschen mit der Natur als Grundvoraussetzung hat. Alles getragen von der Überzeugung, dass eine andere Welt möglich sei – wenn man will die Vision eines demokratisch, sozial und ökologisch gebändigten Kapitalismus im Weltmaßstab.



Entscheidend für die breite Mehrheit, die das Berliner Programm fand, war die Einigung zwischen Erhard Eppler als Exponenten des ökologischen Flügels, Peter von Oertzens als der Leitfigur der traditionellen Linken in der SPD und des Parteivorsitzenden Jochen Vogel, der von Anfang an dafür eintrat, das Prinzip Verantwortung, wie es der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas formuliert hat als ökologisch-sozialen Imperativ des Berliner Programms zu einer politischen Kategorie zu machen, um Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung zu einem Bündnis für den ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaft zusammenzuführen. Dabei haben die ökologische und soziale Dimension gemeinsam, dass sie der politischen Intervention zur Eingrenzung des Marktmechanismus bedürfe.

Das Berliner Programm ist eine unerledigte Aufgabe der SPD, da es politisch durch die Weltpolitik überrollt wurde. Die Implosion der „realsozialistischen Staaten“ insbesondere die Deutsche Einigung verdrängte die ökologischen Fragestellungen von der politischen Tagesordnung ohne sie gelöst zu haben. Deshalb führte Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat der SPD mit einem Wahlprogramm, das als ideologische Grundlage das Berliner Programm hatte, für die Wahlen zum ersten gemeinsamen Bundestag 1990 einen objektiv aussichtslosen Kampf. Trotzdem blieb die Naturfrage auf der Tagesordnung.

Als 1998 Rot-Grün eine Mehrheit erhielt, hatten viele den Eindruck, dass darüber die Freude der sozialdemokratischen Führung eher gedämpft war. Man hatte den Wahlerfolg wohl auch eher der Überschreitung des Verfalldatums der Kanzlerschaft Helmut Kohls als einem offensiven ökologisch-sozialen Wahlprogramm und einem Rot-Grünen Wahlkampf zu verdanken. Getrieben von der aktuellen Erkenntnis, dass die Klimaerwärmung kommt, die Naturzerstörung weitergeht und die Politik 15 Jahre Zeit verloren hat etwas dagegen zu tun, erhält das Berliner Programm für die gegenwärtige Programmdiskussion brennende Aktualität. Die Naturfrage erhält eine zweite Chance, wenn die im Berliner Programm formulierten Eck-

punkte für den demokratischen ökologisch-sozialen Umbau der Industriegesellschaft in dieser Diskussion zentral einbezogen werden.

Erstens geht es um die Entwicklung, Bewahrung und Reproduktion der natürlichen Potenziale eines jeden Menschen, was Marx die innere Natur des Menschen nannte.

Zweitens geht es um die Entwicklung, Bewahrung und Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen, was Marx die äußere Natur des Menschen nannte.

Drittens geht es um die Übernahme des Grundwerts Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen und die Bewahrung des Friedens in einer veränderten Welt.

Viertens geht es um die weltweite Sicherung der demokratisch legitimierten politischen Interventionsfähigkeit und die Überwindung der Dominanz der ökonomischen Logik, die WTO, IWF und Weltbank bestimmt gegenüber der sozialen und ökologischen Logik anderer UN-Institutionen wie ILO und UNEP oder WHO. Das setzt starke demokratisch legitimierte und handlungsfähige Staaten auf nationaler Ebene voraus.

Fünftens geht es darum, dass der Imperativ Nachhaltiger Politik „Global und lokal denken und handeln!“ zum Maßstab sozialdemokratischer Politik wird und das Volk mit den Instrumenten Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid die Chance hat die politische Tagesordnung mitzubestimmen. ■

⇒ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

Wer Politik machen will, kommt an der Bundesrepublik Europa nicht vorbei!

■ ■ Interview mit Stefan Collignon

spw: Im Bremer Programmentwurf heißt es „Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenwachsen der Welt bringt das politische System der Nationalstaaten unter erheblichen Veränderungsdruck. Zentrale Entwicklungen lassen sich nur noch mit gemeinsamen Entscheidungen vieler Staaten beeinflussen.“ Wie siehst Du das Verhältnis von staatlichem Handeln einerseits und Markt andererseits?

„**Stefan Collignon:** Statt Markt und Staat als unvereinbare Gegensätze gegeneinander auszuspielen, ist es vielleicht nützlicher sie in Bezug zu privaten und öffentlichen Gütern zu setzen. Beide stiften Nutzen für die, die sie gebrauchen. Aber bei privaten Gütern ist es möglich, andere vom Verbrauch auszuschließen. Bei öffentlichen Gütern geht dies nicht. Ein Apfel ist ein privates Gut, denn der Apfel den ich esse, kann von niemand anderem gegessen werden. Eine Straßenlampe stiftet dagegen Licht für jeden Benutzer. Aus diesem Grund ist die Logik der Bereitstellung von privaten und öffentlichen Gütern fundamental verschieden. Der Markt kann private Güter effizient liefern, da die Möglichkeit des Ausschlusses sicherstellt, dass die notwendigen Kosten und Risiken gedeckt werden. Bei öffentlichen Gütern, für die es keinen Ausschluss gibt, sind individuelle Entscheidungsträger versucht, auf Kosten anderer Trittbrett zu fahren. Es besteht dann die hohe Wahrscheinlichkeit, dass öffentliche Güter vom Markt nur unzureichend bereitgestellt werden.“



Foto: Christian Kiel

Aus diesem Grund brauchen Marktwirtschaften den Staat, wie schon David Hume und Adam Smith gewusst haben. Der Staat ist eine Form der kollektiven Entscheidungsfindung. In einer Demokratie beauftragen die Bürger Regierungen damit, ihre öffentlichen Güter effizient zu verwalten. Die Bürger können die Regierung kontrollieren, die die Gesetze und Regelungen macht, die auf sie alle Anwendung finden. Im traditionellen Nationalstaat deckt sich die Nutzerbetroffenheit der Bürger mit der Reichweite der staatlichen Entscheidungsbefugnis. So dient etwa die Gesundheitspolitik in erster Linie den Bürgern des eigenen Landes. Öffentliche Güter, die alle Europäer betreffen, sind folglich europäische Güter. Zum Beispiel gilt der von der EZB gesteuerte Zins gleichermaßen, ob ich mir ein Auto in Berlin, Potsdam, Helsinki oder Lissabon kaufen will. Die Wettbewerbspolitik regelt den gesamten Binnenmarkt. Ohne europäische Demokratie sind die Bürger zwar von europäischer Politik betroffen, aber sie haben keine Kontrolle über die getroffenen Entscheidungen.

Mit der Globalisierung und Europäisierung entstehen zunehmend öffentliche Güter, die auch Bürger in den Nachbarstaaten betreffen. Effekte von Entscheidungen auf Menschen, die von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen sind, nennt man Externalitäten. Zum Beispiel die Sicherheit des Atomkraftwerks in der Tschechischen Republik betrifft unmittelbar auch die Bürger an der österreichischen und bayerischen Grenze, obwohl nur die Tschechische Regierung die Entscheidung trifft. Traditionellerweise werden Externalitäten zwischen

Staaten durch Diplomatie geregelt. Solange dies nur einen kleinen Bereich von Gütern betrifft, ist dies unproblematisch. Allerdings nehmen die Externalitäten mit der Integration zu und unterhöhlen die Demokratie, da die Übereinstimmung von staatlicher Entscheidung und Bürgerbetroffenheit durchbrochen wird. Wenn Demokratie noch etwas bedeuten soll, so müssen die europäischen Bürger die Möglichkeit haben, eine Regierung mit der effizienten Verwaltung ihrer gemeinsamen Güter zu beauftragen. Die Frage ist, in welcher Form sie dies am besten tun: indem sie sich durch Regierungen vertreten lassen, oder indem sie selbst gemeinsam ihr demokratisches Kontrollrecht wahrnehmen. Ich glaube, in anbetracht des immer dichteren Regelungsbedarfs europäischer öffentlicher Güter, ist die klassische Diplomatie überfordert, Effizienz und Legitimität zu liefern.

spw: Die Ideologie des Neoliberalismus, die seit einem Vierteljahrhundert die Welt erobert, basiert auf der Idee, dass der Staat und öffentliche Sektor zurückgedrängt werden müssen.

Stefan Collignon: Nicht alles ist daran falsch, insofern technologischer Fortschritt in einigen Bereichen es tatsächlich ermöglicht, Verantwortlichkeiten zwischen Kosten und Nutzen klarer zuzuordnen. Aber der Neoliberalismus vergisst, dass mit größerer Eigenverantwortlichkeit auch die Möglichkeiten von Externalitäten zunehmen. Gesellschaftliche Instanzen müssen deshalb mehr ordnen und regulieren, wenn öffentliche Güter „privatisiert“ werden. Die konservativ-liberalen Kräfte delegieren diese Regelungsfunktion gerne an „technische“ Institutionen, deren Funktionäre der demokratischen Kontrolle entzogen sind. Dies gilt auch für die europäischen Räte, die durch die Ministerialbürokratie der Nationalstaaten und nicht durch Bürger kontrolliert werden, aber auch für die Europäische Kommission, die das Privileg politischer Initiativen in Europa hat. Es ist Teil der linken, sozialdemokratischen Tradition, aber auch des politischen, fortschrittlichen Liberalismus, dass sich gesellschaftliche Kontrolle auf der Gleichheit der Bürger stützen muss. Indem der Neoliberalismus die Rolle des demokratischen Staates

beschränkt, wirkt er also de facto anti-demokratisch. In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Bürger die zentralen Akteure bleiben, egal ob sie Eigentümer privater oder öffentlicher Güter sind. Das gilt auch für Europa.

spw: Der SPD-Programmentwurf richtet große Erwartungen an die Europäische Integration. Aber Europa steckt derzeit in einer tiefen Krise. Der Verfassungsprozess ist gescheitert, die Vertiefung der Integration wurde zugunsten der Erweiterung zurück gestellt. Was sind die Gründe für diese Krise?

Stefan Collignon: Die Dominanz des Neoliberalismus verbietet das Nachdenken über politische Lösungen. Tony Blair und Ségolène Royal hofften, durch Resultate (delivery, l'Europe par la preuve) Europas Legitimität wiederzugewinnen. Sie verstanden nicht, dass, erstens, mit 27 Mitgliedstaaten eine freiwillige Zusammenarbeit von Staaten für die effiziente Regulierung von öffentlichen Gütern und ihren Externalitäten unmöglich geworden ist, weil Trittbrettfahren und das Pochen auf Partialinteressen optimale Lösungen ständig blockieren. Zweitens, hat die Delegation von Politik auf die Experten- und Bürokraten-ebene dazugeführt, dass viele Bürger sich nicht länger als Akteure in einem demokratischen Prozess verstehen. Politik scheint „von anderen“ gemacht zu werden – zum Beispiel von „Brüssel“. Dies hat jedoch nichts damit zu tun, dass Politik zu weit entfernt sei. Schließlich sind alle Bürger von europäischen Gütern ebenso betroffen, wie von lokalen. Bei Kommunalwahlen ist die Wahlbeteiligung of ebenso gering wie bei Europawahlen. Vielmehr ist es das Gefühl der politischen Machtlosigkeit der Bürger, das zur Identitätskrise in Europa führt. Es sollte Aufgabe einer linken, fortschrittlichen Politik sein, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, durch Wahlen die großen Richtlinien der europäischen Politik zu bestimmen. Der Verfassungsvertrag war ein zaghafter Schritt in diese Richtung. Für viele Wähler auf der Linken ging er nicht weit genug.

spw: Du betonst Die Bedeutung der Währungs- und Preispolitik. Warum ist das so wichtig?

” **Stefan Collignon:** Die Schaffung des Euro ist ein Meilenstein bei der Überwindung konservativ-neoliberaler Politik. Mit der Währungsunion wurde das größte Spielcasino der Menschheitsgeschichte, nämlich der europäische Devisenmarkt, geschlossen. Finanzspekulationen, die früher regelmäßig das Wirtschaftswachstum störten, sind eingedämmt. Die Krise der 80er und 90er Jahre mit hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Staatsschulden war eine Spätfolge der Inflation der 70er Jahre. In den ersten sieben Jahren seit Beginn der EWU in 1999 wurden mehr Arbeitsplätze als je zuvor in der Geschichte geschaffen: 15 Millionen. In Deutschland allein entstanden 1,1 Millionen Arbeitsplätze, während dort in den letzten sieben Jahren der D-Mark 325.000 Jobs zerstört wurden. Der Euro ist somit ein unverzichtbares Instrument, um den Wohlstand von Europas Bürgern zu sichern und sie von den schlimmsten Folgen des Neoliberalismus zu schützen.

spw: Globalisierungskritiker werfen der Europäischen Union vor, dass sie sich dem Dogma des Neoliberalismus beugen und sehen darin eine wesentliche Ursache für die europäische Krise. Welche Rolle spielt diese Ideologie für Dich derzeit für die Europäische Integration?

” **Stefan Collignon:** Ich stimme der Analyse weitgehend zu, ziehe aber nicht daraus die Schlussfolgerung, dass die Europäische Integration abzulehnen sei. In Gegenteil. Das Problem ist, dass Neoliberalismus Stellung gegen Staat und Politik nimmt. Dann bleibt als einziger Mechanismus zur Regulierung von Externalitäten Sitte und Moral, das heißt konservative Leitkultur. Neoliberale Ideologie fördert den neu aufkeimenden Nationalismus und ist insofern der Totengräber der Europäischen Integration.

spw: Gibt es Tendenzen, die neoliberale Ideologie auf europäischer Ebene zu überwinden?

” **Stefan Collignon:** Ich wünsche mir eine Allianz des Fortschritts, in der Sozial-Demokraten und politischer Liberalismus gemeinsam die Grundlagen für eine moderne europäische

Republik legen. Für Sozialdemokraten sind die Grundnormen der Gesellschaft Freiheit und Gleichheit, wohl wissend, dass tatsächliche Freiheit nicht ohne ein Minimum an materieller Gleichheit möglich ist. Im Gegensatz zum Neoliberalismus akzeptiert der politische Liberalismus das Prinzip gleicher Rechte der Bürger. Neoliberalismus und Neokonservatismus leben in einer Welt von Hierarchien, traditionellen Rollenzuteilungen und dem Recht der Stärke. In Europa ist das politische Gleichheitsprinzip doppelt wichtig: einerseits erlaubt es demokratische Kontrolle durch Gesetzgebung, mit der die Wilde Welt des Neoliberalismus korrigiert werden kann. Der europäische Binnenmarkt schafft Gewinner und Verlierer; wir müssen sicherstellen, dass sich niemand auf Dauer als benachteiligt empfindet. Andererseits bedeutet Gleichheit Anerkennung der Anderen, nicht nur Toleranz, sondern möglicherweise auch Interessenkonvergenz und letztendlich Solidarität. Dies ist das zentrale Anliegen der europäischen Integration. Wie Jean Monnet formulierte: „Wir koalieren nicht Staaten, wir vereinen Menschen.“

spw: Du plädiert dafür, dass die Europäische Union sich zur Bundesrepublik Europa weiter entwickeln soll. Wie kann sichergestellt werden, dass einerseits alle Menschen die fundamentalen Richtungsentscheidungen treffen können und wollen und dass andererseits die Institutionen vom Parlament, über die Bürokratie bis hin zu öffentlichen Unternehmen auch in einer komplexeren Welt instrumental bleiben?

” **Stefan Collignon:** Alle westlichen Nationalstaaten haben Systeme repräsentativer Demokratie entwickelt. Bürger wählen Parlamente, aus denen Regierungen hervorgehen. Abgeordnete vertreten die Bürger, denken aber auch über das Gesamtwohl nach. Das europäische intergouvernementale System kann eine repräsentative Demokratie nicht ersetzen, da die Regierungen immer nur gegenüber der eigenen Nation verantwortlich sind, aber niemals gegenüber allen europäischen Bürgern. Die Tatsache, dass die Bürger eine immer größere Anzahl von europäischen Gütern besitzen, erfordert, dass sie auch die Möglich-

keit haben darüber zu bestimmen, wie sie regiert werden. Das heutige System ist vordemokratisch. Wie bei der Papstwahl küren die Kardinäle (Regierungschefs) den Kommissionspräsidenten und die Völker sollen klatschen und jauchzen. Der Kommissionspräsident muss aus den Wahlen für das Europäische Parlament hervorgehen, seine eigenen Kommissare auswählen und ausschließliche Zuständigkeit für europäische öffentliche Güter haben, das heißt, für Wirtschaftspolitik in der Währungsunion und im Binnenmarkt, für Grenzsicherheit und Immigration, für Außenpolitik. Wir brauchen keine europäische Wehrpflicht, aber vielleicht eine gemeinsame Eingriffstruppe für Operationen außerhalb der EU. Wie die Krise Europas zeigt, ist das gegenwärtige System der Mitgliedsstaaten damit überfordert.

spw: Politische Steuerung muss sich in der (fach-)öffentlichen, politischen wie der medialen Debatte rechtfertigen und über Wahlen hinaus legitimieren. Vorgeschlagen werden in der SPD-Debatte dazu sowohl die Erarbeitung von qualitativen Indikatoren (z.B. soziale und ökologische Nachhaltigkeit) als auch die Etablierung einer methodischen Strategie („Politisches Controlling“). Was könnten Deines Erachtens sinnvolle Elemente auf europäischer Ebene sein?

Stefan Collignon: Ich denke, dies sind sinnvolle Überlegungen für europäische Debatten über das was europäische Politik anstreben soll. Aber solange die Bürger keine Möglichkeit haben eine europäische Regierung zur Verantwortung zu ziehen, werden solche Debatten von Politikern im Schatten der Demokratie geführt. Erst wenn die Bürger eine europäische Regierung wählen können, das heißt, wenn sie entscheiden können ob sie lieber Sozialdemokraten oder Konservative, ob sie lieber rechts oder links damit beauftragen Gesetze zu machen, wird eine echte und breite europäische Öffentlichkeit entstehen. Fest steht, wer Politik machen will, kommt an der Bundesrepublik Europa nicht vorbei!

spw: Lieber Stefan Collignon, vielen Dank für dieses Gespräch. ■



Foto: www.stefancollignon.de

⇒ Dr. Stefan Collignon, ist Professor für „European Political Economy“ an der London School of Economics and Political Science und lehrt „Government“ an der Harvard University, er lebt in Paris. Von 01.01.1999 - 31.12.2000 hat er für das Bundesfinanzministerium gearbeitet.

⇒ Das Interview führte Reinhold Rünker.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

50

Alternativen!

Solidarische Ökonomie, Geschlechtergerechtigkeit; wirtschaftliche Frauenrechte; Marktmetaphysik; Humanisierung der Arbeit; Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften; Feministische Kapitalismuskritik; Lohngleichheit, Sozialversicherung; Migrationspolitik; Neuromythologie und Psychiatrie

E. Altwater, L. Gubitzer, D. Elson, J. Gideon, A. Künzli, W. Schöni, P. Oehlke, A. Demirovic, F. Haug, C. v. Werthof, S. Strub, C. Knöpfel, B. Glättli, M. Rufer

Neumformierung der Linken

W. Eberle / H. Schäppi: Emanzipatorisches Projekt
U. Brand: Progressive Strategien in Europa
J. Bischoff / Ch. Lieber: Linkspartei/PDS und WASG
Ch. Reyman: Frauenfrage – der blinde Fleck
K.H. Roth: Proletariat und soziale Befreiung

228 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

25 Jahre

Literaturschau | von Reinhold Rünker



□ Staat, Politische Regulierung und Öffentliche Güter

Aktuelle Bezugspunkte für die spw-Debatte über das Verhältnis von Staat und Politischer Regulierung sind die im Rahmen der spw-Editorial-Debatte (spw 150, 2006) entstandenen Heftschwerpunkte zum Komplex Öffentliche Güter (spw 153, 2007) und Kommunale Wirtschaft (spw 155, 2007) sowie die Veröffentlichungen im Kontext der cross-over-Debatte in den 1990er Jahren zu Fragen des sozialökologischen Umbaus und der Regionalen Strukturpolitik: „Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, 1997; Regionales Wirtschaften als linke Reformpolitik, 1999. Weitere Anknüpfungspunkte finden sich zudem in den Thesen „Flexibler Kapitalismus – Moderner Sozialismus“ der spw-Jahrestagung 2001 sowie den „53 Thesen für einen Modernen Sozialismus“ von 1989. Die beiden zuletzt genannten Titel stehen zum Download auf www.spw.de zur Verfügung.

□ Kriterien politischer Gestaltung

Die Sozialdemokratie orientiert ihre Programmatik politischer Gestaltung anhand ihrer Grundwerte „Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“, wobei durchaus strittig ist, wie sich diese Grundwerte aufeinander beziehen und welche praktische Konsequenz ihnen zukommt. In den von Detlev Albers und Andrea Nahles herausgegebenen „Linken Programmbausteinen. Denkanstöße für das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD“, das im April 2007 im Vorwärts-Buch-Verlag erschienen ist, buchstabieren AutorInnen aus dem Umfeld des Forum DL 21 ihr Verständnis für eine moderne sozialdemokratische Politik, das im Widerspruch zu den Positionen steht, die im Umfeld des sozialdemokratischen Mainstreams sowie der „Netzwerker“ und „Seeheimer“ vertreten werden. Hier sei verweisen auf die Ausgabe „Berliner Republik Spezial: SPD-Grundsatzprogrammdebatte,

4/2006“ (zum download auf www.b-republik.de) sowie den im März 2007 ebenfalls im Vorwärts-Buch-Verlag erschienen Titel „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Lesebuch zur Programmdebatte der SPD“, der von Kurt Beck, Hubertus Heil herausgegeben wurde.



Foto: Christian Kiel

Intensiv debattiert wird in der sozialdemokratischen Linken die Frage, ob neben den drei klassischen Grundwerten weitere Werte wie „Nachhaltigkeit“ oder „Verantwortung“ eingeführt werden sollten, s. hierzu Beiträge auf den Sonderseiten „Programmdebatte“ auf www.forum-dl21.de.

Für die Diskussion um „Nachhaltigkeit“ im spw-Umfeld: Ulla Burchardt/Reinhold Rünker, Nachhaltigkeit als Reformprojekt, Dortmund 2002 sowie das im selben Jahr erschienene Schwerpunktheft spw 126.

□ Die europapolitische Perspektive

Der EU-Verfassungsdebatte ist in spw ein Beitrag erschienen z.B. von Angelica Schwall-Düren: Auswege aus der Verfassungskrise, in spw 149. Hingewiesen sei außerdem auf den spw-Schwerpunkt zum Thema „Europa“ in Heft 146 (2005) sowie die Literaturstudie von Joachim Schuster, Die deutsche Diskussion über ein europäisches Sozialmodell (2006). ■

spw

» Meinungsstark!

» Links!

» In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Governamentalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

Menschen machen
Innovationen
Karl-Heinz Brandl /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____



Foto: www.fotolia.de, © Jaspal Bahra

Kinderspiel Kapitalismus

von Gesa Rünker



„Das läuft ganz sicher nicht im öffentlich-rechtlichen Programm!“ Mein Satz, etwas rechthaberisch formuliert, ist in Wirklichkeit eher ein Glaubensbekenntnis; denn ich weiß es in dem Moment noch nicht besser. Der Bericht, den ein Freund uns am Abendbrottisch gibt, bleibt im Ungefähren: Eine Nierenspendershow werde es demnächst geben, drei Dialysepatienten wetteiferten dabei um eine Spenderniere, und eine todkranke Frau werde zum Schluss der Show entscheiden, wer den „Zuschlag“ für ihre Niere erhalten soll. Das Publikum dürfe per SMS votieren.

Das mag, so denke und sage ich, alles sein – nur nicht öffentlich-rechtlich. Hier gelte immer noch: Vernunft geht vor Quote, inhaltlicher Anspruch vor materiellem Gewinn ...

» Zwei Stunden nach meinem Glaubensbekenntnis sagt das Heutejournal etwas Anderes: Es ist tatsächlich ein öffentlich-rechtlicher Jugendsender in den Niederlanden, der diesen makabren Schwachsinn ausstrahlen wolle. Schockschwerenot! Was Private machen, ist oft schlimm genug, auf Erfolg, Quote, Gewinn orientiert ist dort jeder Blödsinn zu sehen. Aber öffentlich-rechtliche Programmangebote hatten doch bisher auch im Ausland so etwas wie einen erträglichen, nachvollziehbaren, unterhaltsamen, informativen, also „guten“ Kern ... Und jetzt?

Ich versuche, Motivationen zu verstehen. Am einfachsten ist das bei den Dialysepatienten. Sie haben große Schmerzen und große Angst, und eine Hoffnung: Möglichst schnell ein passendes Spenderorgan. Moralpredigten Gesunder sind da kaum angebracht.

Die krebserkrankte Frau, die ihre Niere hergibt, wünscht sich möglicherweise kurz vor ihrem Tod noch ein neues, gutes Gefühl: Den süßen Geschmack der Macht. Wer von uns journalistisch arbeitet oder im politischen Geschäft bedient und verkauft, ist davon angefixt: Im Rampenlicht stehen, wichtig sein, etwas – bewirken. Vielleicht ist es auch nur der Wunsch, eigene Stärke zu zeigen: Sie ist krank, im Alltag auf Hilfe angewiesen, nun sind andere von ihr abhängig. Verständlich vielleicht auch das.

Und die Programm-Macher? Eines ist im Sendekonzept: Es geht hier nur um Quoten, nicht um irgendeine gute Sache. Einer einzigen Patientin wird vielleicht geholfen, aber die Not der anderen verkommt zur Sensation.

» Dann entpuppt sich alles als Bluff – die Show läuft nicht bis zum bitteren Ende. Das war knapp. Aufatmen – wenn auch mit Einschränkung, denn ich hatte es inzwischen für möglich gehalten. Den Journalisten schlägt der Quotenkampf so sehr auf den Magen, dass Hirntätigkeit aussetzt und es anderen durchaus an die Nieren gehen könnte. Auch öffentlich-rechtliches Programm bleibt, so befürchte ich, von knallharten Marktdenken nicht verschont.

Was bewirkt nun der Bluff? Die gut geplante Provokation ist misslungen. Nicht ihre Absicht, sondern ihre Form steht im Mittelpunkt der Debatte. Statt um Organspende dreht sich die Diskussion um Medien und Moral. Den Betroffenen, den Dialysepatienten, hilft das keinen Schritt weiter. ■

↳ Gesa Rünker, lebt in Leichlingen und arbeitet als Journalistin.

Stichwort zur Wirtschaftspolitik:

Haushalt ohne Neuverschuldung?

von Arne Heise

» Bundesfinanzminister Peer Steinbrück frohlockt: Nach der neuesten Steuerschätzung kann er mit Steuernehreinnahmen von fast 90 Milliarden Euro bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung (MiFriFi) rechnen, weitere knapp 90 Milliarden Euro würden danach in die Länder- und Kommunalhaushalte gespült werden. Schon jetzt glaubt der Bundesfinanzminister damit ab 2010 das strukturelle Haushaltsdefizit auf Null reduziert zu haben und spätestens ab 2011 einen ausgeglichenen Gesamthaushalt präsentieren zu können. Diese scheinbar so positiven Entwicklungen können als Anlass genommen werden, einige Grundbegriffe der öffentlichen Haushaltspolitik zu erläutern, die Hintergründe für die optimistische Prognose zu beleuchten und nach den Konsequenzen für die Finanzpolitik zu fragen.

□ Struktureller und konjunktureller Saldo des öffentlichen Budgets

Der Saldo des öffentlichen Haushaltes lässt sich immer erst am Ende der Haushaltsperiode feststellen, weil seine Bestimmungsgrößen offensichtlich von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt werden: Je besser also das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung, desto höher sprudeln die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern und desto geringer sind die notwendigen Ausgaben z.B. für Arbeitslosigkeit. Die Abweichungen der Steuereinnahmen und Staatsausgaben von langfristigen Entwicklungen (Trend- oder Potentialwachstum) werden als konjunkturelle Defizite oder Überschüsse bezeichnet. Da sie ohne spezifisches staatliches Handeln ent-



Foto: Christian Kiel

stehen, wird häufig von ‚automatischen Stabilisatoren‘ gesprochen. Der Haushaltssaldo, der sich bei durchschnittlicher Entwicklung ergäbe, wird struktureller Saldo genannt, weil er auf strukturelle und eben nicht konjunkturelle Ursachen zurückgeführt werden kann. Während der strukturelle Saldo also einigermaßen planbar ist, ist der konjunkturelle Saldo letztlich nur die Differenz zwischen dem realisierten Budgetsaldo und dem strukturellen Saldo.

□ Die neueste Steuerschätzung

Die zusätzlichen Einnahmen, die sich Peer Steinbrück verspricht, gehen nun auf eine Revision der Prognose durch den unabhängigen Arbeitskreis ‚Steuerschätzung‘ zurück (vgl. Tab. 1). Darin ist gleichermaßen der Konjunkturaufschwung seit 2006 positiv eingeflossen, wie auch eine Verbesserung der Trend- bzw. Potentialentwicklung unterstellt wird. So hatte das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2000 und 2006 im Durchschnitt nur um 1,9% pro Jahr zugenommen, während man für die Jahre 2007 - 2011 immerhin mit einer deutlichen Erhöhung auf 3,2% rechnet. Bei einer Inflationsrate von 1,5 - 2% wären dies zwar weiterhin nur bescheidene 1,2 - 1,7% reales Wirtschaftswachstum pro Jahr, aber immerhin doch deutlich mehr als in den ersten 6 Jahren des Jahrzehnts. In die Steuerschätzung sind also die positiven Wachstumssignale des letzten Jahres und auch bereits beschlossene, steuerlich wirksame Maßnahmen eingegangen, nicht aber mögliche weltwirtschaftliche Risiken einer massiven Dollarschwäche oder Risiken von Finanzkrisen.

	Schätzung Nov. '06	Schätzung Mai '07	Differenz
2007	514,1	534,3	20,2
2008	507,4	555,3	47,9
2009	521,3	575,0	53,7
2010	537,5	594,9	57,4
2011	–	(613,6)	–
Gesamt	2080,3	2259,5 (2873,1)	179,2

Tab.: Vergleich der Steuerschätzungen im November 2006 und Mai 2007

□ Optimales Haushaltsdefizit? Was ist so verlockend an einem Haushalt ohne Neuverschuldung?

Zweifellos sind Prognosen immer mit besonderen Risiken verbunden und eine Überbewertung gegenwärtiger Entwicklung kaum vermeidbar, wichtiger sind die finanzpolitischen Konsequenzen, die gezogen werden. Wie also sollte die Finanzpolitik auf die unterstellten, günstigen Rahmenbedingungen reagieren? Um Antworten auf diese Frage zu finden, soll zunächst einmal untersucht werden, ob es etwas wie ein ‚optimales‘ öffentliches Haushaltsdefizit oder eine ‚optimale‘ Staatsverschuldung gibt? Tatsächlich lässt sich so etwas bestimmen: Dazu wollen wir zu allererst definieren, was unter einer ‚nachhaltigen‘ Finanzpolitik verstanden werden soll. Nachhaltigkeit beschreibt eine Situation, in der eine Staatsschuldenquote über den Konjunkturzyklus hinweg konstant verbleibt – und diese Konstanz signalisiert den Finanzmarktteilnehmern, dass die öffentlichen Finanzen keineswegs ‚aus dem Ruder‘ laufen. Für welche Schuldenstandsquote man sich dabei entscheidet, hängt von den Präferenzen der Wähler oder externen Vorgaben ab: So lässt sich leicht zeigen, dass eine höhere Schuldenstandsquote leichter stabilisiert werden kann, andererseits auch aufgrund höherer Zinszahlungserfordernisse weniger aktiven Handlungsspielraum zulässt. Wir müssen uns aber gar nicht weiter mit einer theoretischen Begründung einer solchen ‚optimalen‘ Staatsschuldenquote aufhalten, denn in der Europäischen (Währungs-)Union haben sich die Ländern im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf die Stabilisierung einer Schulden-

quote von 60% am BIP geeinigt. Wichtig hierbei ist, dass eine solcherart definierte Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ein strukturelles Haushaltsdefizit von 2 - 3% des BIP zulässt, je nachdem wie hoch das nominelle Trend-Wachstum unterstellt wird (3 - 5%). Der strukturelle Haushalt eines EWU-Mitgliedslandes muss also keineswegs ausgeglichen sein, um Nachhaltigkeit sicherzustellen.

□ Der künftige Kurs der Haushaltspolitik

Was heißt dies alles nun für die mittelfristige Finanzpolitik des Peer Steinbrück? Zweifellos sollte der konjunkturelle Aufschwung dazu genutzt werden, die zyklische Überschreitung der 60%-Verschuldungsgrenze aus den zurückliegenden Jahren der Stagnation wieder abzubauen – die ‚automatischen Stabilisatoren‘ müssen auch im Konjunkturaufschwung greifen. Das strukturelle Defizit muss aber keineswegs auf Null reduziert werden. Eine solchermaßen als ‚Konsolidierung‘ verkaufte Finanzpolitik vergibt unnötigerweise Handlungsspielräume der öffentlichen Hände. Ob die impliziten gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfälle durch private Konsum- oder Investitionsnachfrage kompensiert wird (so genanntes ‚Crowding-in‘) ist theoretisch und empirisch höchst fraglich. Die Folge wäre eine Dämpfung der konjunkturellen Entwicklung. Viel besser wäre es, wenn die Handlungsspielräume einer strukturellen Verschuldung von 2 - 3% des BIP für eine bitter nötige Erhöhung der öffentlichen Investitionen verwendet würden. ■

☞ Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

„Parallelgesellschaften“ oder Deutsch-Türken?

von Asiye Öztürk



» In den letzten Jahren fand vermehrt der Terminus „Parallelgesellschaft“ Eingang in die politischen (Integrations)Debatten. Er fokussiert sich auf die ethnische, kulturelle oder religiöse Segregation und reflektiert die Annahme, dass sich türkischstämmige – oder andere, mehrheitlich muslimische – MigrantInnen aus der deutschen Gesellschaft zurückziehen würden, um ihre eigene „Gesellschaft“ mit sozialen, religiösen und kulturellen Aktivitäten wie auch Wertekanon zu schaffen. Als Argumentationsbasis dienen die, vor allem in Großstädten, wie Berlin oder Köln, vorhandenen gesellschaftlichen Räume mit fast ethnisch homogenen und sozialen Strukturen. Dort kann die türkische Minderheit ihren Alltag komplett innerhalb der „türkischen Community“ verbringen – vom täglichen Einkauf bis hin zum Arztbesuch. Diese Art der „ethnischen Selbstorganisation“ begünstigt in der Tat einen Rückzug in die eigene ethnische Gruppe. Allerdings wäre es kurzfristig daraus den Schluss zu ziehen, dass Türken (oder Muslime im Allgemeinen) sich gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft isolieren würden. Noch fataler wäre es von einer generellen Integrationsverweigerung der türkischstämmigen Minderheit zu sprechen. Um das Phänomen der „Parallelgesellschaften“ zu erklären, muss man analysieren, welche Hintergründe ihre Entstehung begünstigen und welchen Zwecken sie dienen. Dabei müssen zwei Komponenten berücksichtigt werden: das identifikatorische und soziale Moment.

» Das identifikatorische bezieht sich auf die gefühlte Ablehnung der MigrantInnen seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die ihren Ausdruck findet im stetigen Rückgang der Einbürgerungszahlen. Hintergrund ist die ethnische Diskriminierung und politische Exklusion durch das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, deren Parameter auf Herkunft (Ethnie und Kultur) basiert. Die Folge ist eine unzureichende politische Repräsentation (und damit Einflussmöglichkeiten auf die politische Agenda der Entscheidungsträger) der MigrantInnen. Zwar deutete sich mit der Reform des Zuwanderungsgesetzes von 2000 ein



Foto: Christian Kiel

Paradigmenwechsel in der deutschen Integrationspolitik an und die Realität einer Einwanderungsgesellschaft schien sich allmählich durchzusetzen. Dennoch hält sich weiterhin das Selbstverständnis der deutschen „Kulturnation“, da auch das gegenwärtige Staatsangehörigkeitsrecht auf der Prämisse basiert, dass die Einbürgerung das Ende und nicht den Anfang des Integrationsprozesses darstelle. An dieser Stelle muss die Frage gestellt werden, wie erfolgsversprechend es ist, dass sich MigrantInnen integrieren, wenn ihnen fundamentale Partizipationsrechte vorenthalten werden und sie keine politische Repräsentation genießen?

Der andere Aspekt ist, dass „Parallelgesellschaften“ vor allem unter den Bevölkerungsgruppen und Milieus entstehen, die als „Unterschicht“ kategorisiert werden und soziale Brennpunkte darstellen. Die politischen Debatten missachten den Zusammenhang, wie Armut und ethnische Diskriminierung zu einer sozialen Exklusion führen und die unterprivilegierte Klasse – darunter viele „Gastarbeiter“ und ihre Nachkommen – in ein gesellschaftliches und soziales Vakuum katapultieren. Innerhalb der „türkischen Parallelgesellschaften“ herrscht eine überdurchschnittlich hohe Quote der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (die fast drei Mal höher ist als unter Herkunftsdeutschen).

Die „typischen“ türkischstämmigen MigrantInnen der ersten Generation (ca. ein Viertel) haben eine schlechte Schul- und Berufsausbildung, einen niedrigen sozialen Status und schlechte Deutschkenntnisse. Ihre Chancen auf soziale Mobilität und gesellschaftliche Integration sind gering. Sie fühlen sich eher zur Türkei zugehörig als zu Deutschland und halten sich eine Rückkehr in ihre Heimat offen. Die Bereitschaft zur Einbürgerung ist innerhalb dieser Gruppe eher gering, da sie sich vielmehr als „Türken“ definieren.

Im Gegensatz zur ersten, zeichnet sich ein Teil der zweiten und dritten Generation durch eine bessere Schul- und Berufsbildung sowie Sprachkenntnissen aus. Ihre Partizipationschancen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft sind höher, wenngleich systemimmanente Schranken noch immer vorhanden sind. Diese Generationen fühlen sich sowohl zur Türkei als auch zu Deutschland zugehörig und definieren sich als deutsch-türkisch. Die Interaktion zwischen ihnen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist stärker, u.a. aufgrund der Tatsache, dass sie entweder in Deutschland geboren oder größtenteils in Deutschland sozialisiert wurden. Im Großen und Ganzen ist diese Gruppe der jungen Türken in der Mehrheitsgesellschaft besser integriert und weniger marginalisiert als die erste Generation, was sich auch an der höheren Bereitschaft zur Einbürgerung zeigt.

Doch ist das nur ein Teil der jüngeren MigrantInnen. Der weitaus größere hat geringere Partizipations- und damit Integrationschancen. Dies trifft vor allem für die zu, die weder einen Schulabschluss noch eine Berufsausbildung haben (ca. 40 Prozent). Unter ihnen ist auch die Tendenz, sich in ethnisch homogene Strukturen zurückziehen, bei weitem stärker.

Foto: www.fotolia.de, © lucwa



Aufgrund der sozialen Stigmatisierung und der ethnischen Diskriminierung seitens der Mehrheitsgesellschaft bleibt ihnen oftmals keine Alternative, als sich in ihre ethnische „Community“ zurückzuziehen. Diese gesellschaftlich Abgehängten nutzen ethnische Selbststrukturen als einen sozialen Platz, wo sie akzeptiert sind, ihren Frust abbauen und alternative Teilhabechancen wahrnehmen können; in diesem Sinne fungiert ihre „Parallelgesellschaft“ als stabilisierender Faktor, da sie ihnen „Sinn, Identität und Selbstbewusstsein“ vermittelt.¹

□ Perspektiven

Die Mehrheit der jungen Türken definiert sich als Deutsch-Türken und wird in Deutschland bleiben. Ihre Zahl wird ansteigen und sie werden von der Mehrheitsgesellschaft mehr Repräsentations- und Partizipationsrechte einfordern. Schon jetzt ist der Trend zu beobachten, dass sich MigrantInnen verstärkt zusammenschließen, Verbände und Vereine gründen, um ihre Anliegen besser artikulieren und Interessen effizienter vertreten und einfordern zu können.

Der Erfolg des Integrationsprozesses hängt von verschiedenen Faktoren ab und setzt in erster Linie einen starken politischen Willen der Entscheidungsträger voraus. Zunächst ist ein dringender Bedarf an konstruktiven Politikansätzen nötig. Verbesserte Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt, mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für MigrantInnen oder zusätzliche Sprachkurse für junge MigrantInnen sind nur einige mögliche Maßnahmen, um die soziale (und gesellschaftliche) Mobilität zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kommen die politischen Diskurse nicht umhin, Instrumente der positiven Diskriminierung für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt zu diskutieren.

Desweiteren muss die Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, über ein Lippenbekenntnis hinausgehen und seinen Niederschlag finden im Staatsangehörigkeitsgesetz. Deutschland ist eine plurale Gesellschaft mit einer Vielzahl

von kulturellen Lebensformen, ethnischen Gruppen, Religionen und Weltanschauungen. Der einzige Weg, der Herausforderung einer pluralistischen Gesellschaft zu begegnen und die Erfordernisse zu erfüllen, ist, neue Politikansätze zu formulieren, die die soziale, kulturelle und politische Exklusion der ethnischen Minderheiten vermeiden. Das wird den ethnischen Minderheiten die Möglichkeit eröffnen, als vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder zu partizipieren und dazu beitragen, die Spannungen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Minderheiten abzubauen. ■

☞ Asiye Öztürk, promoviert derzeit an der Universität Bonn und ist Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW, sie lebt in Bonn.

¹Vgl. Matthias Micus/Franz Walter: Integration durch Separation. Zur Paradoxie der „Parallelgesellschaften“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2007, S. 87-92, 92.

Akzente setzen, kontrovers debattieren



Mit Beiträgen von
Elke Ferner,
Dierk Hirschel,
Claus Möller,
Hermann Scheer,
Andrea Ypsilanti,
Heidemarie
Wieczorek-Zeul,
Christoph Zöpel
und vielen anderen

184 Seiten · € 14,80 · ISBN 978-3-86602-020-7

Jetzt bestellen und lesen: www.vorwaerts-buch



Foto: www.fotolia.de, © Greg Pickens

» In der spw 154 kritisierte Reinhold Rünker die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und setzte das Ziel der Vollbeschäftigung dagegen. Sein Artikel enthält idealtypische Argumente, die aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Spektrum in letzter Zeit häufiger gegen das BGE eingebracht wurden. Im Folgenden sollen einige dieser Argumente kritisch betrachtet werden.

□ Das Vollbeschäftigungs-Ziel

Das Zitat im SPD-Grundsatzprogramm-Entwurf „Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand“ setzt Rünker in Gegensatz zu einer aktuellen linken Debatte, die zur Abkehr vom Vollbeschäftigungsziel rate. Diese Debatte setzt er gleich mit der Diskussion zum Ende der Arbeitsgesellschaft und kommt zu dem Schluss, dass keine Krise der Arbeitsgesellschaft, sondern eine des klassischen Normalarbeitsverhältnisses vorläge.

Doch übersieht er dabei, dass die Frage, ob Vollbeschäftigung ein wünschenswertes Ziel ist, keineswegs gleich bedeutend ist mit der These, der Arbeitsgesellschaft ginge die Erwerbsarbeit aus. Im ersten Fall geht es um Werte, ums Menschenbild und um den Arbeitsbegriff. Die zweite These ist eine rein deskriptive. Egal zu welcher Einschät-

Emanzipation durch oder von Arbeit?

Vollbeschäftigung ist kein emanzipatorisches Ziel, bedingungsloses

Grundeinkommen könnte es sein

von Mark Unbehend



zung man dabei gelangt, kann die Frage, ob Vollbeschäftigung wünschenswert ist, so oder so beantwortet werden!

□ Die Befreiung (von) der Arbeit!

Rünker meint, dass am Ziel Vollbeschäftigung festzuhalten sei, obwohl er anmerkt: „Und dass es in Zukunft tatsächlich für jeden, der eine Erwerbsarbeit sucht, auch einen Vollerwerbsarbeitsplatz geben wird, kann seriös nicht versprochen werden.“ Wir sollen also etwas anstreben, obwohl es unerreichbar scheint! Warum eigentlich?

Es geht dabei im Kern um die Bewertung von Arbeit. Das macht der Autor wie folgt deutlich: „Dennoch ist es sinnvoll und lohnenswert, am Ziel ‚Arbeit für alle‘ fest zu halten: Arbeit ist die Grundlage für gesellschaftliche Reichtumsproduktion.“ Arbeit sei die Basis für menschliches Selbstwertgefühl und für soziale Anerkennung.

Argumentiert wird dabei so: Die Menschen wollen doch arbeiten! Sie wollen Sinn und Integration durch Arbeit. Das ist aber ein gesellschaftliche Veränderung ausschließendes Argument. Als hätte man vor der Einführung des Frauenwahlrechts einer/m FrauenrechtlerIn entgegnet „Frauen wollen eben nicht wählen, denn sie wählen ja nicht!“

» In einer Gesellschaftsform, in welcher der Mensch erst lohnabhängig gemacht wurde und nun Lohnarbeit zur gesellschaftlichen Teilhabe braucht, ist der Wunsch nach Lohnarbeit nicht gleich zu setzen mit einem menschlichen Grundbedürfnis danach. Wenn Linke einmal der anthropologischen Grundannahme zustimmen sollten, dass „das“ menschliche Wesen einer abhängigen Lohnarbeit bedürfe, um sinnvoll leben zu können, dann hätten wir jegliche emanzipatorische Handlungsoption zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse verloren.

Genau da liegt das Problem, wenn sich SPD und Gewerkschaften gegenüber der BGE-Idee sperren. Die Grundannahme des Menschen als Arbeitswesen ist für sie eine selbstverständliche. Der Unterschied zwischen sinnvoller autonomer Tätigkeit und fremdbestimmter Lohnarbeit wird oft verwischt. Arbeit und Kapital werden nicht als Kategorien des Kapitalismus gedacht, sondern als personalisiertes und dualistisches Gegensatzpaar. Arbeit gegen Kapital folgt Arbeiter gegen Kapitalist. Arbeiter sind auf der Seite der Arbeit! Arbeit ist per se nichts Schlechtes, sondern nur entfremdet. Es geht also um die Befreiung der Arbeit, die in diesem Denken eins ist mit der Befreiung der Lohnabhängigen. Befreiung von Arbeit wird undenkbar.

□ Bedingungslosigkeit und Arbeitszwang

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Bedingungslosigkeit, das B im BGE. Als 2004 Hartz IV verkündet wurde, gründete sich das Netzwerk Grundeinkommen. Ein Jahrzehnte anhaltender Diskurs institutionalisierte sich. Das Netzwerk formulierte vier Kriterien an ein BGE, u. a.: keine Bedürftigkeitsprüfung und kein Zwang zur Arbeit.

» Diese Forderungen scheinen nicht mit dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Tenor protestantischer Arbeitsethik vereinbar zu sein. Doch so richtig wird das B im BGE dabei nicht ernst genommen. Zwei Argumente von Rünker machen dies deutlich: Das Grundeinkommen führe zur Ausdehnung des Niedriglohnssektors und habe einen Kombilohn-Effekt. Diese sind bewusst gewählt, um das BGE als Arbeitgeberforderung zu diskreditieren. Die vielfältige BGE-Debatte soll als arbeitgeberdominiert erscheinen, verkürzt auf die noch jungen Modelle von Unternehmer Werner und CDU-Politiker Althaus, um die gesamte Debatte abzulehnen. Die linken BGE-Befürworter erscheinen dann als nicht ernst zu nehmende träumerische Randgruppe und die eigene Untätigkeit ist gerechtfertigt. In allen Bundestagsparteien werden gerade BGE-Konzepte diskutiert, außer in der SPD!



Foto: Christian Kiel

□ Die Kombilohn- und Niedriglohnsektor-Argumente

Tatsächlich hängt es von der Ausgestaltung des BGE ab, ob es zu den befürchteten Effekten kommt. Je nachdem, welches Konzept sich durchsetzt, gäbe es einen versteckten Arbeitszwang oder eben nicht. Die entscheidenden Kriterien nennt das Netzwerk Grundeinkommen: Die Höhe, die Freiheit vom Arbeitszwang und die Bedingungslosigkeit.

» Beide o. g. Argumente ignorieren diese Kriterien. Behauptet wird, das BGE führe zu einem Druck auf die unteren Lohngruppen und zu sinkenden Löhnen. Genau das Gegenteil wäre bei einer wirklichen Abkehr vom Arbeitszwang, d.h. einem ausreichend hohen BGE der Fall. Menschen könnten, wenn ihnen die Lohnhöhe oder die Art der Arbeit nicht passt, einfach Nein dazu sagen – und das erstmals, ohne ihre Existenz zu gefährden. Menschen könnten Lohnarbeit nachgehen, müssten es aber nicht! Wäre also ein BGE so ausgestaltet, wie vom Netzwerk gefordert, wären Kombilohn- und Niedriglohnargumente hinfällig.

□ Vergesellschaftung durch Lohnarbeit

Rünker betont die Bedeutung von Lohnarbeit für soziale Anerkennung als vermeintliches Argument gegen ein BGE. Das ist absurd! Kein/e BGE-BefürworterIn würde das anders sehen. Dennoch bleibt die Frage, ob es wünschenswert ist, ob es unser Ziel ist, dass gesellschaftliche Teilhabe und soziale Anerkennung v. a. über den Sektor der Lohnarbeit entschieden wird? Es ist geradezu wahnwitzig, wenn „gesellschaftliche“ Teilhabe v. a. in der Sphäre der Lohnarbeit verortet wird, die asymmetrisch, undemokratisch, privatwirtschaftlich und nach kapitalistischer Verwertungs- und Profitlogik organisiert ist.

□ Sozialismus oder Barbarei?

Muss ein gewerkschaftlicher Standpunkt also unbedingt Vollbeschäftigung und „Arbeit für alle“ beinhalten? Sollten wir nicht angesichts des Reichtums eher „Alles für alle“ statt „Arbeit für alle“ fordern? Wäre das nicht mit einem BGE viel leichter? „Lohnarbeit für alle“ und Vollbeschäftigung sind Forderungen, die – mit André Gorz – die Heteronomiesphäre ausweiten und Autonomie einschränken. Gorz forderte in den 80er und 90er Jahren Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung und lehnte das BGE ab. 1997 wurde er zum BGE-Befürworter und begründete dies detailliert – explizit als gewerkschaftliche Position!

» „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ ist keine emanzipatorische Forderung. An Bedingungen für soziale Sicherung festzuhalten, bedeutet, Menschenrechte (z.B. das auf gesellschaftliche Teilhabe) mit Pflichten zu verbinden. Das BGE überwindet den Kapitalismus nicht, könnte aber eine freiere Perspektive bieten, in der ein Nachdenken darüber wieder möglich wäre. ■

☞ Mark Unbehend, ist Diplom-Soziologe und arbeitet als Verbandsreferent des Bundesjugendwerkes der AWO. Er lebt in Berlin.

Replik zu Reinhold Rünker „Vollbeschäftigung bleibt unser Ziel!“, in: spw 2/2007, S. 14-17

Literatur

- Gorz, André (1994): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft
- Gorz, André (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie (deutsche Ausgabe, in frz.: 1997)
- Lafargue, Paul (1883): Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848
- Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags

Investitionen in die Jugend

Barrosos Think-Tank entdeckt

die Akkumulation des Humankapitals

von Dörte Liebetruth

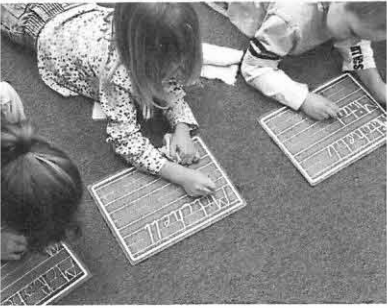


Foto: www.fotolia.de, © ewok2000

„Investing in youth: an empowerment strategy“ lautet der Titel einer umfassenden Analyse, die das „Bureau of European Policy Advisors“ (BEPA) im April 2007 zur Situation von Jugendlichen in Europa vorgelegt hat. BEPA ist eine Generaldirektion der Europäischen Kommission und direkt Kommissionspräsident Barroso unterstellt. Der Think-Tank berät den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission in verschiedenen Politikbereichen der Europäischen Union, insbesondere auch bei Querschnittsthemen, und spricht Empfehlungen aus. Die nun veröffentlichte Analyse spiegelt zwar nicht unbedingt in jedem Punkt die offizielle Meinung der EU-Kommission wider, sie gilt aber dennoch als wichtige Grundlage für die Gestaltung der künftigen Jugendpolitik auf europäischer Ebene.

□ Frühe Investitionen entscheidend

Ausgangspunkt des BEPA-Papiers ist die bekannte Feststellung, dass die Jugend die Zukunft sei. Als Gründe sich eingehend mit dem Thema Jugend auseinander zu setzen, nennen die Autorinnen und Autoren die demographischen Trends, schnelle gesellschaftliche Veränderungen und die besorgniserregende Situation, was so unterschiedliche Bereiche wie politische Partizipation, Gesundheit, Kinderarmut und Bildung in Europa angeht. Obwohl sich die aktuelle Lage innerhalb der Europäischen Union heute zum Teil stark unterscheidet, warten nach Meinung der Autoren langfristig gemeinsame Herausforderungen auf die Mitgliedsstaaten. Verbindendes Ziel müsse das „Empower-

ment“ junger Menschen sein: Hinter dem Begriff steht den Verfassern folgend die Idee, junge Menschen zu befähigen, das Beste aus den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu machen. Erreicht werden könne dies nur durch frühe Investitionen in Kinder und Jugendliche. Frühe Investitionen seien entscheidend für die Akkumulation von Human- und Sozialkapital im Lebensverlauf, stellt die Analyse fest. Sie können, so heißt es, Kinder und Jugendliche befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, mit Veränderungen umzugehen und sich zu „involvierten und effizienten Bürgerinnen und Bürger“ zu entwickeln. Frühe Investitionen haben den Verfassern zufolge präventive Wirkung und seien sowohl effizient als auch gerecht. Getätigt werden sollen die Investitionen nach den BEPA-Vorstellungen sowohl von jungen Menschen selbst, ihren Eltern, Schulen, Sportvereinen usw. Politisch seien dafür sowohl die EU, die Mitgliedsstaaten und z. T. sogar die Kommunen verantwortlich.

□ Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe

Das Papier begreift Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe verschiedenster Politikbereiche und nennt als fünf Prioritäten einer künftigen jugendpolitischen Strategie: (1) das Wohlergehen von Kindern, (2) Gesundheit, (3) Bildung, (4) Beschäftigung und (5) gesellschaftliche Partizipation. Im folgenden werden die zentralen Empfehlungen des BEPA-Berichts zu diesen fünf Bereichen dargestellt.

■ **In Bezug auf das Wohlergehen von Kindern wird empfohlen:**

- den tatsächlichen Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung für alle Kinder im Vorschulalter bei vergleichbaren Standards in Europa voranzutreiben;
- eine weitreichende Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln;
- effiziente Einkommenstransfers für bedürftige Familien zu identifizieren und eine Diskussion über eine europäische Ausbildungshilfe („endowment“) zu starten;
- die Gleichstellung der Geschlechter als Hebel zu nutzen, um Kinderarmut zu bekämpfen und das Wohlergehen von Kindern zu fördern;
- das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen durch die Herausgabe eines jährlichen Berichtes zu beobachten.

■ **Im Bereich Gesundheit nennen die Autoren Alkohol, Fettleibigkeit und psychische Probleme als zentrale Herausforderungen, mit denen sich die Politik in Europa auseinandersetzen müsse. Schließlich stelle Gesundheit einen wichtigen Teil von Humankapital dar. Die Analyse empfiehlt:**

- zahlreiche Interessengruppen zusammenzuführen und junge Menschen selbst verantwortlich mit einzubeziehen;
- verschiedene Politiken zu kombinieren statt sich mit Einzelthemen auseinander zu setzen;
- öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen um Gruppendruck unter Gleichaltrigen zu erzeugen.

■ **Im Bereich Bildung unterscheidet BEPA-Analyse zwischen der „verpflichtenden Bildung“ und dem Bereich der „höheren Bildung“. Was die verpflichtende Bildung angeht, wird gefordert:**

- das Schuleingangsalter zu verringern und bei Investitionen in frühkindliche Bildung den Erwerb von Schlüsselqualifikationen besonders zu berücksichtigen;
- öffentlich-private Partnerschaften für Schulen zu schaffen, wobei die Schulen im wesentlichen öffentlich finanziert bleiben und ihr Erfolg staatlich kontrolliert werden, dies aber mit einer

weitgehenden Eigenständigkeit der Schulen in Bezug auf Verwaltung, Ressourcen und Unterrichtsinhalte einhergehen soll;

- die Qualifikation der Lehrkräfte und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und so die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen;
- die Integration in Schulen zu verbessern und die u. a. in Deutschland übliche frühe Aufteilung in verschiedene Schultypen zu beenden, da sie besonders benachteiligten Jugendlichen schadet;
- Schulabbrechern mit Hilfe spezieller Schulen (hier wird auf ein in den goer Jahren gestartetes Projekt der EU-Kommission Bezug genommen) zweite Chancen zu geben;
- sich für enge Verbindungen zwischen Bildungsinstitutionen und Arbeitgebern einzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Anerkennung von Qualifikationen einzusetzen;
- ein zweistufiges EU-weites Testsystem zu den Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern im Grundschul- und im Bereich der weiterführenden Schulen einzuführen.

■ **In Bezug auf die „höhere Bildung“ empfehlen die Autorinnen und Autoren:**

- Studiengebühren in Verbindung mit Anleihen, deren Rückzahlung vom späteren Einkommen der Studierenden abhängig sein soll, und „großzügigen Stipendien und Förderprogrammen“ einzuführen;
- den Zugang zu Universitäten durch verbesserte Informationen und Orientierungsmöglichkeiten in Schulen zu verbreitern;
- die Finanzierung der Universitäten durch öffentliche und private Gelder langfristig abzusichern und die Art der Führung von Universitäten an diejenige moderner Unternehmen anzupassen;
- EU-Kriterien zu entwickeln, um die Leistung von Universitäten mit Hilfe von deren jeweiligen AbsolventInnen zu vergleichen;
- die Mobilität von Studierenden durch Programme wie Erasmus zu stärken.



■ **Für den Bereich Beschäftigung setzt der Think-Tank darauf:**

- die Koordination zwischen allgemeinen und beruflichen Bildungsinstitutionen zu verstärken;
- duale Ausbildungsansätze zu verstärken und viele unterschiedliche Wege in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen;
- verpflichtende Job-Such- oder Trainingsprogramme für junge Menschen zu entwickeln, die auch sechs Monate nach dem Verlassen der Schule noch arbeitslos sind;
- ein effizienteres System zur sozialen Absicherung junger Menschen zu entwickeln;
- einen Bericht über Jugend und den Sozialstaat zu erstellen und das Verständnis von Jugendarmut durch die regelmäßige Veröffentlichung differenzierter Statistiken zu verbessern.

■ **Gesellschaftliche Partizipation sieht die BEPA-Analyse als Quelle des sozialen Kapitals, das notwendig sei, um Humankapital effizient zu nutzen. Sie stärke zum einen die Demokratie, zum andern trage sie wesentlich zum Erfolg von Volkswirtschaften bei. In Bezug auf gesellschaftliche Partizipation fordert das Papier:**

- schon in einem frühen Alter in Schulen eine Kultur der Teilhabe zu fördern;
- junge Menschen mit den Rechten und Ressourcen auszustatten, Verantwortung für sich selbst und die Übergänge von einer Lebensphase in die nächste zu übernehmen;
- politische Parteien und Entscheidungsstrukturen zu ermutigen, junge Menschen verstärkt zu repräsentieren;
- den Erwerb sozialer Fähigkeiten im Lehrplan von Schulen und Universitäten zu berücksichtigen;
- das Sprachenlernen konsequent schon in einem frühen Alter beginnen zu lassen und soziales Kapital durch europäische Austauschprogramme zu fördern;
- sozialkapitalbezogene statistische Indikatoren weiterzuentwickeln und anzuwenden.

□ **Eine effiziente und gerechte Strategie?**

Investitionen in die Jugend werden in der BEPA-Analyse als notwendige Zukunftsinvestitionen aufgefasst, die sowohl die Zukunftschancen einzelner als auch die gesamtgesellschaftlichen Zukunftsperspektiven verbessern. Dass Kommissionspräsident Barroso dies und nicht die Forderung nach rücksichtsloser Haushaltskonsolidierung von seinen Beraterinnen und Beratern ins Stammbuch geschrieben bekommt, ist zunächst einmal zu begrüßen. Mehrfach betont das Papier, dass frühe Investitionen in junge Menschen effizient und gerecht seien. Die Begründung, dass jeder spätere Schritt beim Erwerb von Human- oder Sozialkapital auf allen vorherigen Schritten aufbaue und frühe Investitionen daher besonders lohnend seien, erscheint schlüssig. Selbst wenn man sich zunächst einmal auf die rein ökonomische Logik der Autoren einlässt, ist deren Forderung nach Studiengebühren vor dem Hintergrund des großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfs an HochschulabsolventInnen nicht nachvollziehbar. Das Papier bleibt nämlich mehr als rätselhaft, wenn es darum geht, wie angesichts von Studiengebühren und anderer Hürden die Studierendenzahlen allein durch bessere Information und Orientierungsangebote an Schulen deutlich erhöht werden sollen.

» Grundsätzlich ist es positiv zu beurteilen, dass soziale und ökonomische Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden. Allerdings werden in dieser jugendpolitischen Analyse junge Menschen tatsächlich nur durch die ökonomische Brille betrachtet. Immer geht es um die Frage, ob eine Maßnahme, wie z.B. das Erkennen von Lernproblemen bei SchülerInnen kosteneffizient ist oder nicht. Kinder und Jugendliche werden allein als Human- und Sozialkapital betrachtet. Demnach scheinen junge Menschen nur so viel an Investitionen Wert zu sein, wie sie an späteren Gewinnen versprechen. Wo bleiben da soziale Rechte, z.B. das Recht auf Bildung? Was ist mit behinderten Kindern und Jugendlichen, deren Stärken meist menschlich aber nur selten monetär gewinnbringend sind?

Das Papier „Investing in youth: an empowerment strategy“ enthält trotz einiger problematischer Aspekte wie dem Plädoyer für Studiengebühren und der Radikalität der ökonomischen Betrachtungsweise dennoch viele Forderungen, auf die aus linker Sicht aufgebaut werden kann. Schlecht ist es nicht, wenn ein nicht gerade als linkslastig verdächtiger Think-Tank in Deutschland verbreitete Schulsysteme mit Schulformentscheidungen im Alter von 10-12 Jahren offen kritisiert ...

□ Perspektiven für die Jugendpolitik auf europäischer Ebene

Die Rolle der EU sieht BEPA als Raum zum Erfahrungsaustausch und zum gemeinsamen Festlegen der politischen Agenda. Die EU könne die Politik anderer Ebenen dabei unterstützen, bereits vorhandene Ressourcen möglichst effizient zu nutzen. Die EU-Strukturfonds sollen dem Papier folgend besser und weitergehender für Investitionen in die Jugend genutzt werden können.

Wie ist die Analyse nun in die Jugendpolitik auf europäischer Ebene einzuordnen? Zur Zeit bereitet die Jugendabteilung der Europäischen Kommission eine Neuausrichtung der europäischen Jugendpolitik vor. Nachdem in den vergangenen Jahren zunächst das Thema gesellschaftliche Partizipation Jugendlicher und ab 2005 mit dem „Europäischen Jugendpakt“, der Teil der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist, auch die berufliche und soziale Integration junger Menschen im Mittelpunkt standen, sollen diese Bereiche nun zusammengeführt werden. Hinweise auf mögliche Inhalte der zukünftigen EU-Jugendpolitik bietet das Papier „Investing in Youth: an empowerment strategy“.

↳ Dörte Liebethuth, ist für die Jusos als Vize-Sprecherin des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit aktiv. Sie lebt in Kirchlinteln und Berlin.

Literatur

Das BEPA-Papier „Investing in youth: an empowerment strategy“ (von Leanda Barrington-Leach, Marcel Canoy, Agnès Hubert und Frédéric Lerais; 96 Seiten, nur in Englisch erhältlich) ist online erhältlich unter: http://ec.europa.eu/dgs/policy_advisers/publications/index_en.htm

www.sozialismus.de



Joachim Bischoff: Zwischenetappe oder historischer Sieg für DIE LINKE.? | Christina Ujma: England, Schottland und das Ende der Ära Blair | Bernhard Sander: Sarkozy und die Hegemonie des französischen Neoliberalismus | Heinz Bierbaum: Bewegung in der italienischen Parteienlandschaft | Ingo Schmidt: Neue Linkspartei – Warten auf die SPD?

Joachim Bischoff: Zwischen bedingungslosem Grundeinkommen, Mindestlohn und Vollbeschäftigung | Karl Georg Zinn: Myopie – verbreitetes Leiden in deutschen Landen | Michael Wendt: Neuer Keynesianismus oder »progressives« Neoklassik?

Richard Detje/Otto König: Metall gut, alles gut? | Klaus Ernst/Pascal Meiser/Alfred Diethard Nahr: Alte Liebe rostet doch. Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften ist lädiert | Björn Harmening: Wie die NPD versucht, in Niedersachsen und bei VW Fuß zu fassen | Frank Deppe: »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu«!? Wolf Biermann als »Pate« der »Mitbestimmung«

Murat Kahir: Am Rande des Abgrunds. Hintergründe der türkischen Krise | Günter Buhlke: Simón Bolívar und die Politik des Hugo Chávez | Cornelia Schöler: Nepal auf dem Weg in einen Sozialismus? Marion Fisch: Der große Ausverkauf (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/28 09 52 77-50

E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Dokumentation

Erbschaftsteuer reformieren! ■ ■

» (...) Insgesamt sind im Jahr 2002 nach der Statistik 23 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt worden. Nach Abzug der Freibeträge blieben 17 Milliarden Euro zu versteuern. Dafür wurden 2,8 Milliarden Euro Steuern festgesetzt – das sind im Durchschnitt zwölf Prozent des Erbes.

□ Überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht betroffen ...

Reiche und ihre Lobby versuchen ihre Privilegien mit Stimmungsmache zu sichern. Klar: Ihnen ist die Erbschaftsteuer ein Dorn im Auge. Aber auf die Politik lässt sich besser mit dem angeblichen Interesse von angeblich breiten Kreisen der Bevölkerung Druck machen. Obwohl der allergrößte Teil der Bevölkerung keine Erbschaftsteuer zahlen muss. Nur in etwa sieben von 100 Todesfällen wird ein steuerpflichtiges Erbe hinterlassen. Stimmung gemacht wird mit der Sorge um „Oma ihr klein Häuschen“. Bislang muss dafür in der Regel keine Erbschaftsteuer gezahlt werden. ver.di will, dass das auch mit der Reform der Erbschaftsteuer im Grundsatz so bleibt. (...) Ob jemand für eine Erbschaft Steuern zahlen muss – und wenn ja wie viel – hängt von zwei Faktoren ab: Wie eng das Verwandtschaftsverhältnis zu der oder dem Verstorbenen und wie hoch die Erbschaft ist. Die Ehefrau, der Ehemann und Kinder haben hohe Freibeträge. Sie müssen nur Steuern zahlen, wenn die Erbschaft höher ist als 307.000 (Ehegatten) bzw. 205.000 Euro (Kind) – und nur für den Teil der Erbschaft, der über dem Freibetrag liegt. Außerdem sind sie in der günstigen Steuerklasse I und zahlen niedrigere Steuersätze als entfernte Verwandte.

□ Wer zahlt heute Erbschaftsteuer?

Die Erbschaftsteuerstatistik erfasst nur die Erbschaften, bei denen Steuerzahlungen zu erwarten waren. Mehr als die Hälfte der Einnahmen kamen von Erben, die nach Abzug von Freibeträgen noch mehr als 500.000 Euro geerbt haben. Von der Anzahl der statistisch überhaupt erfassten Fälle waren das jedoch weniger als drei Prozent. Erben von Kapitalvermögen (Aktien, Sparkonten, Bargeld usw.) tragen mit 62 Prozent den größten Teil des Aufkommens der Erbschaftsteuer. Rund 30 Prozent stammt aus Grundvermögen und nur knapp acht Prozent aus Betriebsvermögen. Auch Erben von sehr großen Vermögen zahlen nur wenig Steuern. Fast 80 Prozent der Erbschaft können sie im Durchschnitt behalten. Auf dem Papier liegt der maximale Steuersatz bei 50 Prozent – für Erbschaften, die höher als 25 Millionen Euro sind und an Nicht-Verwandte gehen. Praktisch kommt dieser Steuersatz nicht vor. Die Statistik unterscheidet nicht bei sehr hohen Erbschaften. Wer nach Abzug von Freibeträgen mehr als fünf Millionen Euro geerbt hat, musste darauf im Durchschnitt 22 Prozent Erbschaftsteuer zahlen. ver.di will eine höhere Besteuerung bei sehr großen Erbschaften. Das ist auch in anderen Ländern so üblich. Die höchsten Steuersätze – 30 Prozent bei nahen Verwandten und 50 Prozent bei Nicht-Verwandten – sollen für Erbschaften ab zehn Millionen Euro zu zahlen sein.

□ Betriebsvermögen – erfolgreiche Unternehmerlobby

Bis vor etwa 15 Jahren haben die Erben von Unternehmen deutlich mehr Steuern bezahlt. Damals lag die Bewertung von Betriebsvermögen noch viel näher am tatsächlichen Wert der Betriebe. Unter der Kohl-Regierung gab es eine beispiellose Reihe von Begünstigungen. (...) Die Vergünstigungen zusammen genommen sorgen schon heute dafür, dass die Erbschaftsteuerbelastung für Unternehmen in Deutschland gering ist. (...) Die meisten zahlen im Erbfall keine Steuern.

□ Realitätsnahe Bewertung ist machbar

Die bisherige Praxis bei der Bewertung von Grund- und insbesondere von Betriebsvermögen entspricht einer verdeckten Privilegierung der Reichen. (...) Die heutige Bewertung von Betriebsvermögen aus Steuerbilanzwerten stimmt nur in Ausnahmefällen mit dem tatsächlichen Wert überein. Durchschnittlich werden nur 45 Prozent des Substanzwerts erfasst. (...) Wir wollen, dass künftig aktuelle Richtwerte herangezogen werden. Bei Immobilien muss zwischen Mietobjekten und Einfamilienhäusern oder Wohnungen unterschieden werden, die in der Regel selbst genutzt werden. (...) Bei Mietobjekten soll ein aktualisiertes Ertragswertverfahren angewendet werden, bei dem der Wert aus der üblicherweise erzielbaren Miete abgeleitet wird. Bei einer korrekten Erfassung der Werte hätte der Gesamtwert der vererbten Vermögen 2002 rund zehn Milliarden Euro oder 50 Prozent höher gelegen. Zusätzlich wären mehr Erbfälle von der Statistik erfasst worden. Die Umsetzung der Vorgaben des Verfassungsgerichts würde die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer verdoppeln. (...)

ver.di fordert, dass Erben endlich gerecht besteuert werden. Als Ziel wollen wir ein Aufkommen aus der Erbschaftsteuer von jährlich zehn Milliarden Euro erreichen – sechs Milliarden Euro mehr als die Erbschaftsteuer heute bringt. Die Mehreinnahmen brauchen wir dringend für mehr und bessere Kinderbetreuung und Bildung – für die Zukunft unseres Landes! (...) Die Erbschaftsteuer muss zunächst erhalten und gemäß den Vorgaben des Verfassungsgerichts reformiert werden. (...) Die Freibeträge sichern weiterhin eine steuerfreie Vererbung von normalem Familienvermögen. Zusätzlich wollen wir eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. (...) Deshalb wollen wir, dass die höchsten Steuersätze – 30 Prozent bei nahen Verwandten und 50 Prozent bei Nicht-Verwandten – für Erbschaften ab zehn Millionen Euro zu zahlen sind. ■

Zusammengestellt aus: „Wirtschaftspolitische Informationen 4/2007“ des ver.di-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik

Tab.: Erbschaft- und Schenkungsteuer in Deutschland

Vermögenswert (über dem Freibetrag)	Steuerklasse I Ehegatten (Freibetrag 307.000 Euro), Kinder (Freibetrag 205.000 Euro), Enkel, bei Erbschaften: Eltern, Großeltern (Freibetrag 51.200 Euro); im Bedarfsfall kommt ein Versorgungsfreibetrag von maximal 256.000 Euro (für Ehegatten) bzw. 52.000 Euro (für Kinder) dazu	Steuerklasse II Geschwister, Nefen, Nichten, Stiefeltern, Schwiegerkinder und -eltern, geschiedene Ehegatten, bei Schenkung: Eltern, Großeltern (Freibetrag 10.300 Euro)	Steuerklasse III alle übrigen, darunter nichteheliche Lebenspartner, Freundinnen und Freunde (Freibetrag 5.200 Euro)
Diese Steuersätze wollen wir			
bis 50.000 Euro	7%	12%	17%
bis 250.000 Euro	11%	17%	23%
bis 500.000 Euro	15%	22%	29%
bis 5.000.000 Euro	19%	27%	35%
bis 10.000.000 Euro	25%	35%	45%
über 10.000.000 Euro	30%	40%	50%

Personen & Positionen

□ Christine Lambrecht wird Vorsitzende der SPD Bergstraße

Die 41jährige Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht, Mitglied im DL21-Bundesvorstand, wurde am 02. Juni mit über 90 % Zustimmung zur Vorsitzende des SPD Unterbezirks Bergstraße (Bezirk Hessen-Süd) gewählt. In der SPD-Bundestagsfraktion ist sie u.a. stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtspolitik.

□ Konferenz „Reichtum in Deutschland“: Die Reichen sollen nicht weiter begünstigt werden

Mit der Auswertung der Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum „Reichtum in Deutschland“ vom 23.10.2006 (spw berichtete) hat die AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration ihre Folgerungen für eine Präzisierung und Ausweitung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung vorgelegt. Die stellvertretende Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis, betonte in diesem Zusammenhang, dass eine grundlegende Verbesserung der „Erfassung von Vermögensbeständen, vor allem derer des obersten Promilles der Reichen“ notwendig sei.

Darüber hinaus sollten eine Reihe von konkreten Vorschlägen geprüft und als steuerpolitische Ziele ausgearbeitet werden. Genannt werden hier u.a. die Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Börsenumsätzen, die Überprüfung der Reichensteuer sowie die nachhaltige Bekämpfung der Steuerflucht. Der Teil II der Dokumentation der Konferenz „Reichtum in Deutschland“ sowie die Folgerungen können von der Homepage der SPD-Fraktion unter der Rubrik „Veröffentlichungen“ herunter geladen werden.

► Infos: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,8303,00.pdf

□ Schulze löst Strässer als Vorsitzende der Münsteraner SPD ab

In Münster trat die frühere Juso-Landesvorsitzende Svenja Schulze die Nachfolge des Bundestagsabgeordneten Christoph Strässer an. Bei der Landtagswahl 2005 hatte Svenja Schulze erstmals für einen Münsteraner Wahlkreis kandidiert und erneut über die Landesliste gewählt worden. Bereits von 1997 bis 2000 und im Oktober 2004 war sie in den Landtag nachgerückt. In der Landtagsfraktion ist sie derzeit Sprecherin für Umwelt- und Verbraucherpolitik.

□ Erbschaftsteuer muss Zukunftssteuer werden

Die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Positionspapier vom 10. Mai ihre Forderung nach einer sozial gerechteren Reform der Erbschaftssteuer bekräftigt und dabei drei Eckpunkte formuliert:

- „Die Erbschaftssteuer muss grundsätzlich, in ihrem Charakter als Erbanfallssteuer und als bundeseinheitliche Ländersteuer (...) erhalten bleiben.“
- Das Aufkommen der Erbschaftsteuer muss deutlich steigen, mindestens aber um 2 Milliarden Euro auf Grundlage des derzeitigen Erbschaftsaufkommens. (...)
- Die Unternehmensnachfolge darf durch die Erbschaftsteuer nicht behindert werden. Der Übergang von Betriebsvermögen darf jedoch nicht vollständig steuerfrei sein. (...). Eine Besonderstellung von Betriebsvermögen muss zwingend an den Erhalt von Arbeitsplätzen gekoppelt sein.“

► Infos: www.parlamentarische-linke.de

□ Persönliche Erklärung zur Bundestags-Abstimmung „Unternehmenssteuerreform“

17 SPD-Bundestagsabgeordnete haben am 25. Mai der Unternehmenssteuerreform nicht zugestimmt. Ihre Enthaltung haben Sie in einer persönlichen Erklärung nach GO § 31 begründet. Die Unterzeichnenden, darunter PL-Sprecher Ernst-Die-

ter Rossmann und DL21-Vize Niels Annen, sahen für sich keine Möglichkeit, die Entscheidung zu Gunsten der Unternehmenssteuer mitzutragen, „weil diese in unseren Augen in der Gesamtbewertung Legitimation, Augenmaß und soziale Balance vermissen lassen.“ Abgelehnt wurde die Unternehmenssteuerreform aus Reihe der SPD-Fraktion durch Otmar Schreiner und Rüdiger Veit.

spw

» Stellenausschreibung

Die Zeitschrift spw besetzt einE/VerlagsmitarbeiterIn zum Oktober 2007 auf Teilzeitbasis.

□ Die Aufgaben umfassen

- die Durchführung der Büro- und Verlagstätigkeiten von der Erstellung bis Verschickung der Zeitschrift sowie des zugehörigen Verlagsprogramms
- politische und organisatorische Zuarbeit der inhaltlichen Diskussionen innerhalb des spw-Zusammenhangs
- Vorbereitung von programmatischen Tagungen und Workshops
- die Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing der Zeitschrift sowie vor allem die Pflege und Betreuung der Homepage
- Gleichfalls ist eine zuvorkommende Betreuung der Leserinnen und Leser und Abonnenten gefragt
- Vereinsverwaltung des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung e.V. und der Beitragseinzug.

In einem engagierten Team soll der/die VerlagsmitarbeiterIn ebenfalls in der Redaktion der Zeitschrift spw mitarbeiten und die Mitglieder der spw-Gremien betreuen. Der Arbeitsort ist Berlin.

□ Voraussetzungen

- Abgeschlossenes FH- oder Hochschulstudium oder abgeschlossene Berufsausbildung mit einschlägigen Vorkenntnissen in Büro- und Verwaltungstätigkeiten
- Kenntnisse über und Erfahrungen mit politischen Entscheidungsprozessen
- Kenntnisse über Funktion, Funktionsweisen, Aufbau- und Ablauforganisation des politischen Betriebs und Einblick in die Presse- und Medienlandschaft
- Erfahrungen in der Projektarbeit und möglichst Erfahrungen in der Buchhaltung.

□ Außerfachliche Kompetenzen

- Leistungs- und Lernbereitschaft sowie Belastbarkeit und flexible Arbeitsweise
- Innovations-/Veränderungsbereitschaft
- Kommunikationsfähigkeit, Konflikt- und Kooperationsfähigkeit
- Sensibler Umgang und offene Ansprache von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kundinnen und Kunden
- Verantwortlicher und gründlicher Umgang mit Buchführung und Verwaltung des Vereins.

► **Weitere Informationen** über Arbeitszeit und Vergütung erhalten Interessierte beim spw Verlag/Redaktion GmbH, Postfach 120333, 44309 Dortmund oder per eMail an spw-verlag@spd.de. An diese Anschrift werden auch aussagekräftige Bewerbungen bis zum 15. Juli 2007 erbeten.

5 Fragen an ... Birgit Zoerner



↳ Birgit Zoerner, 2007.
Foto: privat

Birgit Zoerner, Jahrgang 1961, studierte Geschichte und Publizistik an der Universität Bochum. Ihr politisches Engagement begann 1973 bei den Juso-SchülerInnen, aber erst 1980 konnte sie sich trotz des Nato-Doppelbeschlusses durchringen, der SPD beizutreten. Von 1986 bis 88 war sie Landesvorsitzende der Jusos NRW und direkt danach für sechs Jahre deren Geschäftsführerin. 1994 wechselte sie ins Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW. Dort arbeitet sie heute als Referatsleiterin und ist für die Koordination der EU-Politik zuständig. Sie lebt mit ihrem Mann und ihren beiden Söhnen Tim (7) und Jan (5) ausgesprochen gerne in Dortmund („und das wird wahrscheinlich auch so bleiben“).



↳ Birgit Zoerner, 1982 bei einem Juso-Treffen.
Foto: privat

spw: Womit begann Dein politisches Leben?

Birgit Zoerner: Geprägt hat mich der 11. September. Nicht der von 2001, sondern der Tag an dem Salvador Allende ermordet wurde; das war am 11. September 1973. Das war mein Einstieg in die Politik und auch ein wesentlicher Antrieb für mich, internationale Politik – damals sehr häufig an der Seite von Exil-Chilenen – sehr wichtig zu nehmen.

Für die weitere Entwicklung war mein Austauschjahr 78/79 sehr bemerkenswert, was mich mit verschiedenen Leuten aus unterschiedlichen Kulturen und Nationen zusammengebracht hat. Wenn man häufig mit Afrikanern, Asiaten und Lateinamerikanern über Alltag, Gesellschaft und Politik redet, dann verschieben sich die Koordinaten für Werte und Normen doch schon erheblich. Dabei stand natürlich immer die Frage im Raum, was ist eigentlich „normal“ und warum?. Das hat mein Gespür für Fragen nach dem Wesen politischer Hegemonie sicherlich sehr geprägt..

spw: Welche politische Diskussion hat Dich besonders geprägt?

Birgit Zoerner: Schwierige Frage ... Ganz wichtig war sicherlich die Asyl- und Migrationsdebatte.. Diese Debatte um die Änderung des Grundgesetzes in der Asylfrage 1993 habe ich – über den unmittelbaren politischen Rechtsstreit hinaus – als ausgesprochen beunruhigend empfunden, weil sie letztlich die Vorbereitung zum politischen Systemwechsel war. Vereinfacht gesagt: Man hat das Feindbild Kommunismus

verlassen und begonnen, akribisch am Feindbild Islamismus zu feilen. Die Auswirkungen können wir heute sehen. Mir geht es dabei überhaupt nicht darum, reale Probleme in irgendeiner Weise zudecken. Aber wir müssen das politisch einordnen. Antisemitismus und der Kampf der Kulturen ist zur neuen Systemachse konstruiert worden in deren Namen heute Kriege gerechtfertigt werden, bzw. in dieser Logik geradezu zwingend geworden sind. Bei der politischen Hegemonie – beim Kampf um die Köpfe – kommt es auf die großen Linien an. Das habe ich auch bei der „Rassismus-Debatte“ Anfang der 90er Jahre versucht zu verdeutlichen.

spw: Gibt es etwas, das Du heute anders machen würdest?

Birgit Zoerner: Wenn ich wirklich noch einmal etwas anders machen könnte, würde ich mich im einfach öfter im Ausland aufhalten und weitere Sprachen lernen. Man lernt sehr viel dazu und muss den eigenen Blickwinkel ständig überprüfen. Ich hasse Provinzialismus.

spw: Was hältst Du von der derzeitigen Debatte um die Krippenplätze und wie habt Ihr das geschafft?

Birgit Zoerner: Ich halte diese Diskussion schon für ewige Zeiten überfällig. Wir haben es eigentlich nur dadurch organisieren können, weil mein Mann Teilzeit arbeitet – zwei Vollzeit Arbeitende schaffen das nur mit Hauspersonal. Aber die ganze Lebenssituation ist ganz klar auf Kante genäht. Es darf an keiner Stelle irgendwo etwas schief gehen, dann bricht das alles in sich zusammen. Wir haben daher auch versucht, das ein bisschen nachbarschaftlich zu organisieren, um bestimmte „Katastrophenspitzen“ darüber abzufedern. Die Situation in Deutschland ist ein schlechter Scherz.

spw: Welche politische Debatte bewegt Dich denn zurzeit am meisten?

Birgit Zoerner: Mich beunruhigt, was sich hier im Kontext der sogenannten Terrorismusbekämpfung vollzieht. Zurzeit wird der politische Systemwechsel massiv spürbar. Angst als ein wichtiges politisches „Stilmittel“ wird bewusst eingesetzt, um z.B. den gläsernen Menschen zu realisieren. Was den Umgang mit anderen Kulturen angeht und den existierenden Problemen ist dieser auch häufig angstgesteuert. Aufgeklärte Politik ist in diesem Feld fast gar nicht möglich. Zudem gibt es kaum realistische Vorstellungen darüber, wie man tatsächlich gemeinsam leben kann. Ich frage mich, wie das eigentlich weiter gehen soll. Es sind einfach viele Menschen hier, die einen Migrationshintergrund haben und die werden auch bleiben. Wie soll sich das eigentlich positiv entwickeln, wenn die meiste politische Energie in Ausgrenzungsdebatten gesteckt wird?

spw: Birgit, vielen Dank für das Gespräch. ■

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

■ Asylkompromiss

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist in Deutschland als Grundrecht im Grundgesetz verankert. Die Änderung des Art. 16a GG im Jahr 1993 („Asylkompromiss“) schränkte es erheblich ein: vor allem können sich Ausländer, die über einen Staat der Europäischen Gemeinschaften oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, nicht auf das Asylrecht berufen. Die Anerkennungsquote nach Art. 16a GG ist entsprechend gering. Die Jusos haben intensiv gegen die Änderung des Asylrechts gekämpft und viele Gegner mobilisieren können. Dennoch wurde die Änderung beschlossen und es gab eine Welle von Austritten aus der SPD. *[Alexandra Kramm]*

Jetzt retten plötzlich alle die Welt. Wir können gut damit leben.



tazjournal

tazjournal 2007/01
7 Euro
www.taz.de

die tageszeitung



ISSN 978-3-937683-10-2
ISSN 1434-2006



4 138827 403 002

Klima Warum Schauspielerin Christiane Paul nicht auf die Chinesen wartet
Okto Wie Oberbürgermeister Boris Palmer Tübingen zur Eco-City machen will
Essen Was Starkoch Vincent Klink am Kirsch-Bio-Joghurt von Lidl findet
Auto Wieso Politiker Hans-Josef Fell als Prophet der Null-Emission 2 Autos fährt
Schicksal Wenn ich nicht mehr fliege, verliere ich meine Frau

Logisch.

Wie wir alle besser leben.



Klima | Auto | Essen | Reisen | Strom – alles im neuen taz-Journal.

Jetzt im Handel oder bestellen unter www.taz.de/logisch

tazshop@taz.de | T (030) 25 90 2138

die tageszeitung